Nr. 45 — Jahrgang 20 Einzelnummer 0,30 Zł. Sonnabend, den 8. September 1934

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0.12 Zł. für die achtgespaltene Zeile, ausserhalb 0.15 Zł., Anzeigen unter Text 0.60 Zł., von ausserhalb 0.80 Zł. Bei Wiederholungen tarifliche Ermässigung.

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei in Polen

Abonnement: Monatlich 1.00 Złoty. — Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Katowice, Dworcowa 11, durch die Filiale Król. Huta, 3-go Maja 6, sowie durch die Kolporteure

Redaktion und Geschäftsstelle: Katowice, Dworcowa 11 Postscheckkonto P. K. O. Nr. 303732 Fernsprech-Anschluss: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr. 31378

Völkerbundskrise um Russland

Die Schweiz, Holland und Belgien offen gegen die Aufnahme Russlands in den Völkerbund. — Die Grossmächte für Russlands Aufnahme. — Italien droht mit Verlegung des Sitzes nach Wien.

In letzter Stunde haben sich in Genf grosse Schwierigkeiten über die Aufnahme Russlands in den Völkerbund ergeben. Trotz aller Vorbereitungen der Grossmächte um die geschlossene Aufnahme der Sowjets in den Bund der Nationen werden einige südamerikanische Kleinstaaten sich der Stimme enthalten, während die Schweiz, Belgien und Holland offen gegen Russlands Aufnahme stimmen werden. Auch in Frankreich bereitet sich eine Opposition gegen Russland vor.

Zwar werden die Grossmächte die Mehrheitsaufnahme durchsetzen, aber statt der Verstärkung der Autorität des Völkerbundes, erlebt das Genfer Institut einen Riss, sodass in den Vorberatungen bereits ein italienischer Antrag vorliegt, den Sitz des Völkerbundes nach Wien zu verlegen, wobei auch Frankreich hofft, dadurch die Selbständigkeit Oesterreichs zu sichern.

Seit Donnerstag ist jedenfalls in Genf um Russland eine offene Krise eingetreten. Die sogenannten christlichen Staaten fürchten durch die Aufnahme Russlands in Genf eine Belebung der kommunistischen Propaganda und damit eine neue, weitere Gefährdung der Sicherheit. Von einer Einstimmigkeit der Völkerbundsmächte kann in diesem Stadium nicht mehr die Rede sein und man ist auf die Lösung der Krise in Genf gespannt.

Parteitag der Phrasen

Wieder einmal wird in Nürnberg das „Ende der nationalsozialistischen Revolution" angekündigt. Der „Reichsführer" hat seine auserwählte Gefolgschaft nach dem „Staat" Streichers einberufen, nachdem vorher umfangreiche Sicherheitsmassnahmen getroffen worden sind und sogar das Ueberfliegen Nürnbergs durch Flugzeuge, gleich welcher Art, verboten wurde. So „sicher" fühlt sich Adolf Hitler vor den Millionen, die ihm angeblich mit fast 90 Prozent ihr Vertrauen am 19. August ausgesprochen haben. Da die Diplomaten der Grossmächte es abgelehnt haben, sich am Phrasendrusch in Nürnberg ergötzen zu wollen, hat man die Botschafter und Gesandten Deutschlands zusammengerufen, damit sie die Diplomatie repräsentieren. Und noch ein „Erfolg" ist zu verzeichnen, auch die Vertreter der Wehrmacht sind zum Nazi-Parteitag abkommandiert worden, um so die „Solidarität" der Reichswehr mit dem Nationalsozialismus zu dokumentieren.

Reichlich plätschern die Reden der „Führer" der Nation, aber wer auch nur ein einziges neues Wort erwartet, welches nicht schon in tausendfachen Variationen während der 19-monatigen Herrschaft der Nationalsozialisten wiederholt wurde, der wartet auf das Wunder, wie auf den Sieg der Heeresleitung im Oktober 1918. Der einzige „Erfolg", den das Hitlerregime zu verzeichnen hat, das ist die vollständige Einhaltung aller Zahlungsverpflichtungen ans Ausland, obgleich keinerlei Reparationsschulden mehr zu begleichen sind, wie es die früheren Regierungen auf sich genommen haben. Nur die Rüstungsindustrie kann Adolf Hitler dankbar sein, denn auch sie arbeitet, solange die Rohstoffvorräte reichen, mit Hochdruck, während aber andere Industriezweige, wie die Textilfabriken, teils stillliegen, teils die Arbeit strecken. Die Leipziger Messe war ein Beispiel deutschen Wirtschaftsaufschwungs, nur etwa ⅓ der früheren Besucher war zu verzeichnen und Geschäfte konnten so gut, wie garnicht, abgeschlossen werden. Aber in Nürnberg, am Naziparteitag, regnet es Phrasen vom Aufschwung, die der Nationalsozialismus vollzogen habe. Gewiss, im Hinmorden von „revolutionären Führern" aus der ersten Gefolgschaft Hitlers, ist vieles geleistet worden, und die deutschen Konzentrationslager sind Musterbeispiele des Aufbruchs ins Dritte Reich, an dessen Beginn der Reichstagsbrand gewissermassen als Pate steht.

Nun, das deutsche Volk weiss es jetzt durch die Proklamation der Führung der Nationalsozialisten, dass es nur noch 1000 Jahre zu warten braucht, bis sich die Erfolge des 30. Januars 1933 greifbar erweisen werden. Die Thyssen und Krupp haben ihre „Erfolge" bereits in reichlichen Dividenden erhalten, die Arbeiterschaft, die Bauern und Angestellten und nicht zuletzt die Staatsbeamten, sehen nur ein sehr, sehr verringertes Einkommen und ein Hochklettern der Preise für Ersatzstoffe. Die Arbeitslosen verschwanden von der offiziellen Statistik, um im „freiwilligen" Arbeitsdienst oder als Landhelfer zu enden, die Jugend bis zu 25 Jahren aber soll ihre Arbeitsplätze für die älteren Arbeiter frei machen. Die Staatsschulden sind von 2 Milliarden beim Machtantritt der Nazis nur auf 8 Milliarden gestiegen und, um die Mark im Kurs zu halten, laufen neben dieser Reichsmark, nicht weniger als fünf andere Zahlungssorten. Nichtwahr, ein durchschlagender Erfolg der Nazipolitik zur Katastrophe, die viel, viel gewaltigere Formen annehmen wird, als der Zusammenbruch von 1918 im November, und hoffentlich hat man schon für eine Dolchstosslegende gesorgt und ermöglicht es dem Reichsführer, genau so heldenhaft die Posen zu spielen, wie sie Wilhelm II mit der Flucht nach Dorrn vollzog.

Die nationalsozialistische Revolution ist beendet, nur die Not ist geblieben, und das deutsche Volk in der Welt verächtlich gemacht, wie es selbst in der Kriegszeit nicht denkbar war. Dafür drischt man in Nürnberg Phrasen, erlässt Proklamationen, deren Sätze die ganze Hilfslosigkeit des Regimes offenbaren, und je deutlicher der Friede unterstrichen wird, umso gewisser ist es, dass der Ausklang Krieg bedeutet. Das Saargebiet, Oesterreich, Memel, das sind Namen, die sehr leicht den nötigen Zündstoff für das bereitstehende Pulverfass bieten, wenn das nationalsozialistische Wunder trügen wird und trügen muss, weil es als Koloss auf tönernen Füssen steht. Keine Paraden und Appelle an die Welt vermögen diese deutsche Katastrophe zu verheimlichen, und wer sehen will, der hat alle Anzeichen aus dem November 1918 vor sich. Deutschland ist nicht nur weltpolitisch isoliert, es ist faktisch auch innerpolitisch bankrott. Nur taumelt man in politischen Phrasen und wartet auf das Wunder, welches nunmehr 15 Jahre durch die Nationalsozialisten gepredigt wird. Phrasen statt Politik und Vertröstungen auf die 1000 Jahre, in welchen das Wunder geschaffen werden soll.

In Nürnberg vergass man nur, der 7 Millionen zu gedenken, die am 19. August offen oder auf ihre Art, sich gegen dieses Nazisystem ausgesprochen haben und deren Zahl wie die Lawine wachsen wird, wenn ihre Zeit kommen wird.

Teilung des Saargebiets?

Anklagen der Regierungskommission vor dem Völkerbund. — Nochmals fremde Polizei gefordert. — Um die Wertung des Abstimmungsrezultats. — Frankreichs Vorbereitungen.

Der Endkampf um das Saargebiet hat mit vollem Druck eingesetzt. War noch das Abstimmungsergebnis vor Hitlers Machtantritt mit 95 Prozent sicher für Deutschland, so gilt nach dem Aufmarsch der Kampffronten in Ehrenbreitstein und Sulzbach heute das Verhältnis mit 55 gegen 40 für Deutschland und kann sich noch nachteiliger gestalten, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse im Reich sich im Verlauf des Winters ungünstiger auswirken werden. Jetzt hat die Regierungskommission des Saargebiets an den Völkerbund eine Denkschrift überreicht, in welchem sie die Deutsche Front anklagt, dass sie mit den Reichsbehörden in Verbindung stehe und auf die Abstimmenden einen Terror ausübe, der eine freie Abstimmung nicht mehr gewährleiste. Es wird der Einsatz einer fremden Polizei gefordert, um Ruhe und Ordnung vor der Deutschen Front zu sichern. Eine Reihe von Beweisen gegen die Beeinflussung durch Deutschland wird dokumentarisch belegt, besonders auf die Hetze gegen die Saarländer hingewiesen, wie sie der deutsche Rundfunk ständig betreibt.

Frankreich hat zu dieser Völkerbundstagung bereits ein Memorandum ausgearbeitet, in welchem es Massnahmen vorschlägt, falls das Saargebiet rückgegliedert werden sollte. Es fordert beim Abkauf der Saargruben durch Deutschland und die Ablösung der Währung nicht weniger, als 1½ Milliarden Goldfranken, ferner Schutz für die 15 000 eingesessenen Franzosen. Gleichzeitig wird auf die Wertung des Abstimmungsergebnisses hingewiesen, welches eine „gemeindeweise Abstimmung" vorsieht also unter Umständen eine Teilung des Saargebiets in den Bereich der Möglichkeit gestellt wird. Hier vollzieht sich Aehnliches wie bei der Abstimmung in Oberschlesien wo nicht das Ergebnis in seiner Gesamtheit, sondern lokal gewertet werden soll. Jedenfalls ergeben sich wohl noch nach der Abstimmung viel grössere Schwierigkeiten, als man heute ahnt. Kenner des Sargebiets sind heut bereits der Meinung, dass das Saarland durch das Aufkommen der Hitlerherrschaft im Reich für Deutschland verloren ist.

Unter sozialistischer Führung

„Dänemark auf dem Wege der Gesundung!" — Ein Naziblatt über den Marxismus.

Die **„Frankfurter Zeitung"** veröffentlichte kürzlich einen Aufsatz ihres S.-Mitarbeiters, der eine Reise nach Dänemark als ein Erlebnis empfand. Es ging ihm ähnlich wie jenem Landsknecht des Dreissigjährigen Krieges als er ein Land im Frieden sah. Aber er musste schliesslich pflichtgemäss schreiben, die „Hochspannung" in der sich Deutschland befinde sei halt doch schön...

Wie „schön" diese Hochspannung ist, erlebt das deutsche Volk von Tag zu Tag schmerzlicher. Der nahende Winter dürfte von „schön" nicht mehr viel übrig lassen.

Nun gibt die gleiche „Frankfurter Zeitung" in ihrem Handelsteil einem Artikel „Dänemark auf dem Wege zur Gesundung" Raum, in welchem sie feststellt: Niemand sehe die Lage der dänischen Wirtschaft mehr als bedroht an. Man habe jetzt einen Ueberblick über die von der Krise verursachten Schäden. Der Absatz der Agrarprodukte sei auf neuer Grundlage gesichert. Man befasse sich mit weitgehenden Zinssenkungsplänen, um der landwirtschaftlichen Verschuldung entgegenzuwirken. In der Industrie stelle man bessere Beschäftigung fest. Dem Rückgang des Agrarexportes stehe eine Steigerung der industriellen Ausfuhr gegenüber.

Man vergleiche daneben das Chaos der deutschen Wirtschaftslage!

Es bleibt bloss übrig, festzustellen, dass Dänemark seinen Kampf gegen Krisefolgen **führte unter einer Arbeiterregierung.** Dass die gleichgeschaltete deutsche Presse Besserung in Dänemark feststellen muss als Erfolg der Bestrebungen einer Regierung, an deren Spitze der Sozialdemokrat **Stauning** im Kampfe steht gegen alle faschistischen Tendenzen.

Kleinkrieg Rom-Berlin

Als „Abwehr" gegen die italienischen Angriffe gegen den Nationalsozialismus hat die Reichsregierung bezüglich der Reisen nach Italien besondere Massnahmen erlassen, die faktisch fast jede Touristik nach Mussolinien unterbinden. Nunmehr beantwortet diesen Schlag Italien mit Gegenmassnahmen oder, besser gesagt, mit Handelsrepressalien, indem es das italienisch-deutsche Zahlungsabkommen kündigte. Danach dürfen Waren nur noch in Mark bezahlt werden, während früher die Lira und der Frank als Zahlungsmittel zugelassen wurden. Die Freunde von gestern führen Krieg im „Kleinen".

Hitler hat Pech, man glaubt ihm nicht

Eine französ. Antwort auf das Verständigungsangebot.

Aus Paris wird uns geschrieben: Wenn Adolf Hitler wissen will, wie man in Frankreich über ihn denkt, wie diejenigen französischen Kreise ihn beurteilen, die ihre Lebensaufgabe darin sehen, mit allen Kräften an der deutsch-französischen Verständigung mitzuarbeiten und das Werk des verstorbenen grossen Staatsmannes und Friedensfreundes Aristide Briand zu fördern, dann empfehlen wir ihm, den „Figaro" vom gestrigen Tage in die Hand zu nehmen und das zu lesen, was Wladimir d'Ormesson dort über ihn schreibt, ein Mann, der eine der besten Federn unter den französischen Journalisten führt, dessen Ansehen unbestritten ist und dessen Arbeiten zu den meistgelesensten gehören.

Hilers Koblenzer Rede, so sagt Wladimir d'Ormesson, erwecke ein bitteres Gefühl. Denn sie stütze sich auf dem Gegenteil der Wahrheit. Er habe den Franzosen vorgeworfen, sie wünschten nicht ernstlich eine Besserung der deutsch-französischen Beziehungen, aber er habe vergessen, dass er vier Jahre nach dem Abzug der Franzosen habe auf der Festung Ehrenbreitstein sprechen können, während die Franzosen das Recht gehabt hätten, dort bis zum Jahre 1935 zu bleiben. Der Ort sei für eine solche Sprache recht schlecht gewählt gewesen.

Und nun wird der französische Journalist recht deutlich: „Hitler sagte in Koblenz: „Frankreich wird sich vielleicht über die Bedeutung der allgemeinen Fragen Rechenschaft ablegen und darüber, dass es besser ist, ihre Lösung gemeinsam zu suchen, als sich zu bekämpfen." Bei solchen Worten können wir nicht ruhig sitzen bleiben. Aristide Hitler? Nein, das gibt es nicht. Es gibt Taschenspielerkunststücke, die unter keinen Umständen erlaubt sind. Wir dulden es nicht, dass Hitlerdeutschland **uns Friedenslehren erteilt** und von der Höhe der Feste Koblenz aus, die durch das Verdienst eines Geistes frei wurde, der Frieden und europäische Zusammenarbeit erstrebte, die man jetzt verhöhnt und verraten hat.

Dieses Taschenspielerkunststück findet sich übrigens auch auf religiösem Gebiete wieder. Hitler wandte sich an die Saarkatholiken. Er bemühte sich, „sich als Apostel des Katholizismus zu gebärden.

Das Geistliche in Deutschland belästigt, Bischöfe gehindert werden, ihre Anordnungen zu veröffentlichen, die christliche Lehre täglich zum Gespött gemacht wird, Jesus Christus selbst Gegenstand gemeinster Beleidigungen ist, dass man den Führer der katholischen Verbände ermordet alles das zählt wohl nicht mit... Und die Saarländer fordert man auf, Hitler als das Werkzeug Gottes zu betrachten...

Nein, die Koblenzer Rede, die „politisch" sein wollte, ist auf dem Gegenteil von Wahrheiten aufgebaut, die wirklich zu dumm sind, als dass man ihnen Glauben schenken könnte. Ich schreibe dies hier ohne Voreingenommenheit und ohne Hass. Welcher Franzose wünscht nicht mit ganzem Herzen in Ehren und mit Sorglosigkeit die offene und völlige Aussöhnung mit einem Volke, das so viele tapfere Menschen aufzuweisen hat — die man jetzt missbraucht? Aber das ist es ja. **Man treibt Missbrauch mit der Gutgläubigkeit der deutschen Massen, wie man mit unserer Gutgläubigkeit Missbrauch trieb.** Wir lieben den Frieden. Aber wir hassen die Heuchelei. Die ganze französisch-deutsche Tragödie ist in diesen beiden Worten enthalten.

Kein Bedarf an Naziweisheit

Reichsführer Hitler hat, wie im Vorjahr, die Diplomaten der fremden Mächte in Deutschland als seine persönlichen Gäste zum Reichsparteitag der NSDAP. nach Nürnberg eingeladen und ihnen von Berlin aus einen besonderen Luxuszug zur Verfügung gestellt. Nun wird bekannt, dass nur die Türkei und Japan der Einladung Folge leisten werden, während die Botschafter Frankreichs, Amerikas, Englands, Spaniens, Italiens und Sowjetrusslands weder teilnehmen werden noch sich vertreten lassen. Die Ereignisse vom 30. Juni, die Massenabschlachtung von Getreuen der Hitlergefolgschaft, hat auch hier einen deutlichen Affront gegen den Nationalsozialismus und damit gegen das Dritte Reich hervorgerufen.

Mussolini sucht Hilfe

Die Sozialisten sollen retten.

Dem „Daily Telegraph" wird von seinem Vertreter in Mailand gemeldet, Mussolini habe **Verhandlungen mit den Vertretern der ehemaligen sozialistischen Partei Italiens aufgenommen,** die nach der faschistischen Revolution aufgelöst wurde, und er habe den **Vorschlag** gemacht, dass sich ein **„Sozialistischer Flügel" innerhalb der faschistischen Partei bilden solle.** Den Sozialisten sollen dann **wichtige Stellen** übertragen werden, so besonders in der neuen korporativen Organisation Italiens.

Der Zweck der Werbung.

Der Mailänder Korrespondent des englischen Blattes bemerkt weiter, diese Nachricht habe er aus den sozialistischen Kreisen Mailands erhalten, welche den Entschluss Mussolinis dahin erklärten, dass er **bei der Arbeiterklasse Untertützung für seine korporative Politik** finden wolle; anderseits bereite er einen **allgemeinen Lohnabbau** vor, der mit Rücksicht auf die **zunehmende Arbeitslosigkeit und den beunruhigenden Rückgang der italienischen Ausfuhr kaum länger umgangen werden könne.**

Es muss schlimm stehen um die Mussolinische Wirtschaft, wenn er bei denen Hilfe sucht, die er gestern noch mit der, allen faschistischen Diktatoren eigenen Unmenschlichkeit verfolgte. Die ungeheuerlichen Staatsdefizite, die vollständige Verelendung der Massen kann auch Mussolini mit Paraden und gleissnerischen Reden nicht aus der Welt schaffen. Wenn er heute daran denkt, seine Feinde von gestern zur Mitarbeit heranzuziehen, so beweist das, dass es Mussolini trotz allen gegenteiligen Meldungen der faschistischen Agenturen — andere gibt es bekanntlich in Italien nicht — **nicht gelungen ist, das Vertrauen der Arbeiterschaft zu erwerben.** Diese ist trotz Terror der Schwarzhemden, trotz des abgefeimtesten Spitzelsystems den Sirenengesängen nicht erlegen. Sie verabscheut im tiefsten Herzen die faschistischen Henker jeglicher Freiheit und ist in stillem, verhaltenem Leiden dem sozialistischen Ideal treu geblieben. Diese stille Treue werden die „sozialistischen Kreise", an die sich Mussolini in seiner Not wendet, kaum damit lohnen wollen, dass sie sich zum Zutreiber herabwürdigen lassen. Würden sie diesen Verrat begehen, so könnte das an der Haltung der Arbeiterschaft nichts ändern. Denn nicht davon hängt diese ab, ob ein paar von Mussolini zum Schergendienst Auserkorene sich zu dieser Rolle hergeben.

Das faschistische System mit oder ohne einige gesiebte „Sozialisten" ist auch dem italienischen Arbeiter im Tiefinnersten verhasst. Es hat ihn nicht nur jeglicher Freiheit beraubt, es hat ihn auch in das furchtbarste Elend gestürzt. Dem Diktator, der stolz darauf ist, dass **„der italienische Arbeiter gewöhnt ist, im Tag mit nur einer Mahlzeit vorlieb zu nehmen"**, können keine Zuhälter das Vertrauen der ausgesogenen Arbeiter verschaffen. Ganz besonders dann nicht, wenn es sich darum handelt, ihnen einen neuen Lohnabbau mundgerecht zu machen. Das Liebeswerben Mussolinis wird also vergebens sein. Daran könnte auch der Verrat einiger Weniger nichts ändern.

Dass die Pläne des Duce versanden werden, beweist schon die Tatsache, dass sich die kommunistischen und italienischen Emigranten im Ausland zu einer gemeinschaftlichen Kampffront gegen den Faschismus zusammengefunden haben. Diese wiegt angesichts der zerrütteten Wirtschaft Mussolinis schwerer als das Ansehen einiger Ueberläufer, wenn er überhaupt solche findet.

Blutige Zusammenstösse in Mailand

Italien durchlebt eine Krise des Faschismus. Die ungeheure Not und Arbeitslosigkeit zwingt die Arbeiterschaft zur Abwehr. Obwohl die italienische Presse nichts über Arbeiterdemonstrationen berichten darf, wird jetzt aus Agram in Jugoslavien berichtet, dass es vor einigen Tagen in Mailand zwischen Arbeitern, Bauern und Polizei zu heftigen, blutigen Zusammenstössen kam. Es sollen gegen 60 Tote und 200 Verletzte zu verzeichnen sein. Militär musste eingesetzt werden, da sich die Carabinieri als unzuverlässig erwiesen haben. Trotz des Verbotes haben die Arbeiter demonstriert und ergingen sich in Schmährufen gegen Mussolini und den Faschismus. Auch aus anderen Städten werden Zwischenfälle gemeldet, die also mit der erfolgten Reduktion von Löhnen im Zusammenhang stehen.

Schacht sagt die Wahrheit

Die Ankündigung des Wirtschaftsdiktators Dr. Schacht, dass Deutschland nichts mehr zahlen werde, hat in der ganzen Gläubigerwelt Deutschlands lebhaften Protest hervorgerufen, und in England und Amerika werden wirksame Gegenmassnahmen vorbereitet. Was aber übersehen worden ist in der „berühmten" Rede des Wirtschaftsdiktators des Dritten Reichs, ist eine Kennzeichnung der geenwärtigen Situation, in welcher der Faschismus gedeihen kann. Dr. Schacht führte in seiner Rede in Bad Eilsen über die Gefahr der dauernden Wirtschaftskrise wörtlich aus:

„Gesellschaftsfeindliche Elemente, Verbrecher und Phantasten hat es zu allen Zeiten gegeben. An die Oberfläche können sie nur dann dringen, wenn ihnen die wirtschaftliche Not einen Zugang öffnet!"

Hier haben wir das Werden des Nationalsozialismus von einem Nichtmarxisten eine Kennzeichnung des Sieges des Nationalsozialismus in Deutschland, wie sie kein Emigrant und kein Greuelpropagandist besser hervorheben kann. Schacht, der Wirtschaftsdiktator des Nationalsozialismus, erklärt sich hier in schärfster Form gegen seine Träger.

Otto Bauer in Wien?

Wie das „Prager Montagblatt" erfahren haben will, soll es dieser Tage dem österreichischen Sozialistenführer Otto Bauer gelungen sein, nach Wien zu gelangen. Otto Bauer habe sich dort an einer Funktionärsitzung beteiligt. Nach der Sitzung sei Otto Bauer wieder in die Tschechoslowakei zurückgekehrt.

Der Riesenstreik in Amerika

Der Textilarbeiterstreik hat am Sonntag nachts automatisch eingesetzt. Ueber die Zahl der Beteiligten gehen die Meinungen auseinander. Die Unternehmer und ihre Presse behaupten, dass nur etwa 21 Prozent der Betriebe bestreikt werden, während die Gewerkschaften die Zahl der Streikenden auf 90 Prozent angeben. In einigen Fabriken kam es bereits zu Zwischenfällen mit der Polizei, die mit Tränengasbomben zum Angriff überging, um Arbeitswillige vor den Streikposten zu schützen. Die Stimmung der Arbeiterschaft ist gut, man beabsichtigt, in diesen Streik auch den Bergbau einzubeziehen.

Wie es heisst, hat nunmehr Präsident Roosevelt sowohl Unternehmer, als auch Gewerkschaften, aufgefordert, ein Schiedsgericht einzuberufen, um den Streik beizulegen, der einen ungeheuren Schaden, sowohl für die Arbeiter, als auch für den Staat, bedeutet. Wieweit die Vermittlungen gelingen werden, erscheint zweifelhaft, da die Gewerkschaften, und insbesondere die Arbeiterschaft, entschlossen sind, diesmal nicht, wie in San Francisco, nachzugeben. Die bürgerliche Presse versucht bereits, dem Textilstreik eine kommunistische Note beizugeben, um so gegen die Streikenden eine missbilligende Stimmung hervorzurufen.

Oranienburg wird aufgelöst

Die Reichregierung lässt mit besonderem Nachdruck mitteilen, dass das berüchtigte Konzentrationslager Oranienburg aufgelöst wird und damit einige Tausend „Schutzhäftlinge" befreit werden, ihnen also ein „Gnadenakt" Hitlers zuteil wird. Hierbei wird betont, dass in Hinkunft Schutzhaft nur in besonderen Fällen verhängt wird, während sonst die „Schuldigen" den ordentlichen Gerichten zur Aburteilung zugewiesen werden. Dem weniger Orientierten wird damit verheimlicht, dass die Auflösung des Konzentrationslagers Oranienburg e i n E r f o l g d e r E m i g r a n t e n p r o p a g a n d a i s t, die gerade den Namen Oranienburg in alle Welt trug und Genosse Gerhard Seger, einer der Insassen von Oranienburg, in einer Vortragstour durch verschiedene Kulturländer, gegen die Gewaltakte und Martern, die gerade in diesem Konzentrationslager verübt wurden, die Weltöffentlichkeit mobil machte, sodass sich dieser Meinung jetzt auch das Dritte Reich beugen musste. Um Ruhe zu haben und als „Kulturnation" gewertet zu werden, hat man nun Oranienburg aufgelöst. Die Machthaber des Dritten Reichs haben sich vor der Emigrantenpropaganda beugen müssen. Aber weil dem so ist, so darf nicht verschwiegen werden, dass das Deutschland Hitlers noch immer 13 Konzentrationslager unterhält, in denen es nicht besser zugeht, als in Oranienburg und in denen noch immer gegen 37 000 „Schutzhäftlinge" untergebracht sind, manche sogar seit 17 Monaten, ohne dass man diesen Opfern Hitlers etwas anderes vorwerfen kann, als dass sie einer anderen politischen Ueberzeugung sind, wie der Reichsführer. Die Welt wird aber Oranienburg immer als das Beispiel hervorheben, bis diese Kulturschande der Konzentrationslager verschwindet. Oranienburg ist ein Schandmal am deutschen Reich, seine Auflösung ist ein Zeichen, dass auch im Dritten Reich die Ernüchterung einsetzt.

Illegale Versammlungen der Sozialisten

Wie aus Wien gemeldet wird, macht sich dort wieder eine sehr starke Aktivität der Sozialisten bemerkbar. In verschiedenen Bezirken wurden Versammlungen abgehalten, die einen grossen Besuch aufwiesen. Der Polizei gelang es nur, in wenigen Fällen einzugreifen. Es wurden etwa siebzig Verhaftungen vorgenommen. Fünfzig Verhaftete wurden ins Konzentrationslager Wöllersdorf eingeliefert.

Sozialistischer Erfolg in Graudenz

Bei der Graudenzer Gummifabrik „PePeGe" kam es bekanntlich zu einem Streik, weil bei Neueinstellung von Arbeitern nur Parteigenossen der „BeBe-Rada nadzorca" berücksichtigt wurden. Ungelernte Hilfskräfte wurden anstelle von Facharbeitern eingestellt, was nicht ohne Folge auf die Produktion sein konnte, zumal die Firma fast ausschliesslich für den Export arbeitet. Die einseitige Parteinahme für die eigenen Mitglieder wurde dadurch hervorgerufen, dass bei den Betriebsratswahlen die PPS. alle Mandate erobern konnte, während die BeBe ohne Mandat in der Betriebsvertretung blieb. Der Streik griff auch auf andere Betriebe in Graudenz über, womit die Arbeiterschaft ihre Solidarität mit den Streikenden der PePeGe zum Ausdruck brachte. Obwohl alle Instanzen in diesem Streik zu vermitteln versuchten, konnte und konnte der Konflikt nicht beigelegt werden. Schliesslich gelang es dem Starosten, eine Einigung herbeizuführen, die als ein voller Sieg der sozialistischen Gewerkschaften angesehen werden kann. Sämtliche streikenden Arbeiter wurden wieder eingestellt, auch die 8 verhafteten PPS.-Genossen sollen wieder eingestellt werden, sobald sie aus der Haft frei sind und das Gericht sie frei spricht. Allerdings behalten auch die, während des Streiks eingestellten, Arbeiter ihre Posten. Die Beilegung des Konflikts in diesem Sinne hat die Stellung der sozialistisch organsierten Arbeiterschaft sehr gestärkt, und man ist hier der Ansicht, dass nach Lage der Dinge man wenig Lust zeigt, jetzt die Gleichschaltung aller Gewerkschaften durchzuführen. Die BeBe-Organisation hat fast ganz ihren Einfluss auf die Massen verloren, zumal infolge der Arbeitslosigkeit und der zugespitzten Krise auch die BeBe nicht mehr in der Lage ist, Arbeitern Stellen zu bieten, aus diesem Grunde ist es auch gefährlich oder unmöglich, die Arbeiterschaft in Zwangsorganisationen unterzubringen.

Eine neue Arbeiterpartei?

Linksentwicklung abhalten. — Die Federacja Pracy zieht nicht mehr.

Aus Warschau kommt die Kunde, dass der Block zur Zusammenarbeit mit der Regierung, kurz Sanacja genannt, reformiert werden soll. Eine politische Belebung soll innerhalb der Arbeiterschaft erfolgen und da die Sanacja nicht mehr in guter Erinnerung ist, beabsichtigt man eine Arbeiterpartei zu begründen, die nun den radikalen Wünschen innerhalb des Regierungslagers entsprechen soll. Es war bisher innerhalb der Sanacja ein besonderes Merkmal, dass das Regierungslager alle Bevölkerungskreise auf sich vereinigte und unter diesem Zeichen auch bei den letzten Sejmwahlen einen beträchtlichen Erfolg über die Opposition erzielen konnte. Es soll nicht untersucht werden, mit welchen Mitteln dieser „Erfolg" erzielt worden ist. Aber zu denken gibt es doch, dass das bewährte Lager nunmehr eine Alterserscheinung darzubieten meint, wenn man an eine Reform denkt und hierbei die Gründung einer Arbeiterpartei in Aussicht nimmt. Es ist klar, dass auch diese Reform auf Oberschlesien ausgedehnt werden soll, was besonders dann begreiflich wird, wenn man erfährt, dass innerhalb der Federacja Pracy oder der Gewerkschaft der Gewerkschaften ein Drunter und Drüber herrscht, welches nur zum Teil die Oeffentlichkeit erreicht hat. Was man so schön vereinigt hat, läuft wieder auseinander und die früheren Freunde bedenken sich mit Ehrentitel, die einen Gestank entwickeln, die nicht von schlechten Eltern sind. Die Zeit der Federacja Pracy scheint abgelaufen, wie die Ergebnisse einiger Betriebsratswahlen beweisen und darüber einige Vorgänge innerhalb der Polnischen Berufsvereinigung deren Führer sich von der Nationalen Arbeiterpartei loslösten, um sich der kommenden Arbeiterpartei in Bereitschaft zu halten.

Wozu das alles, wenn doch nichts mehr zu retten ist, die Verfallserscheinungen der heutigen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung werden doch durch keinerlei Gründung einer Arbeiterpartei oder des Regierungsblockes behoben. Nun, man will wissen, dass im Frühjahr der Sejm sein Zeitliches segnen wird und Neuwahlen unmittelbar folgen werden. Zwar steht es noch nicht fest, ob dies nach der neuen Verfassung geschehen wird oder ob man sich noch mit der jetzt gültigen Wahlordination begnügen wird, aber in Warschauer politischen Kreisen scheint man schon mehr zu wissen und vor allem, dass ein Erfolg dem Block zur Zusammenarbeit mit der Regierung nicht mehr beschieden sein wird. Es sollen auch bereits Bemühungen im Gange sein, die Witos'sche Volkspartei zu reformieren, das heisst, ein Flügel soll ins Regierungslager hinübergezogen werden und diesem Teil verspricht man auch, dass er die Fürsorge des kleinen Bauern übernehmen wird. Mittlerweilen wird auch bekannt, dass es in der Sanacja selbst ziemlich durcheinander geht, nachdem die Neuwahlen in Sicht sind und die Jagd nach Posten beginnt. Und seien es nur Abgeordnetensitze, so weiss man doch aus des früheren Ministerpräsidenten Prystors Mund, dass mit eiserner Faust der Stall gereinigt werden muss, um gewisse Nutzniesser innerhalb des Sanacjalagers zu entfernen. Wer damit gemeint ist, wollen wir uns nicht den Kopf zerbrechen, es mag genügen, dass es von so bedeutsamer Stelle ausgesprochen wurde. Nichts natürlicher, als dass diese Reform auch Formen annehmen wird, der die Arbeiterklasse hart treffen muss.

Wir sind Zeugen einer Entwicklung, die noch vor Monaten den Anschein hatte, als wenn der Faschismus die sozialistische Bewegung überrennen werde, dass er überall sich erst durchsetzen muss, um in der Arbeiterklasse die Erkenntnis zu wecken, dass sie einer Periode der kapitalistischen Entwicklung mit Opfer an Gut und Blut entgegengeht, die scheinbar nicht überwunden werden kann. Und doch zeigen jetzt die Vorgänge in Deutschland, dass selbst die Totalität einer ganzen Staatsmaschinerie die Krise nicht zu bannen vermögen, sondern sie nur verschärfen und die Arbeiterklasse die Opfer zu tragen hat. Die Machtmittel, mit denen sich ein solches Regime am Ruder halten kann, haben Abscheu in der ganzen Welt erzeugt und dem Faschismus einen Stoss versetzt, sodass man bemüht ist, andere Formen zu suchen, um die Arbeiterklasse für sich zu gewinnen. An anderer Stelle dieses Blattes wird auf die Bemühungen Mussolinis hingewiesen, der einen sozialistischen Flügel innerhalb des Faschismus schaffen will. In jedem Lande wird naturgemäss die Versuch ein anderer sein, den jeweiligen Verhältnissen entsprechend. Darum darf es auch nicht überraschen, dass man jetzt in Sanacjakreisen bemüht ist, eben die erforderliche „Arbeiterpartei" ins Leben zu rufen. Man hat schon im Regierungsprogramm Andeutungen gehört, dass sich die Regierung energisch ans Werk begeben will, um die Arbeiterschaft zu befriedigen, bezw. für sich zu gewinnen. Ein sogenannter Ruck nach links sollte erfolgen. Er war bisher wenig verheissungsvoll, wenn man die Reformen betrachtet, mit welchen die Sozialgesetzgebung bedacht werden soll.

In massgebenden Kreisen ist jedenfalls die Erkenntnis reif, dass die Arbeiterschaft gewonnen werden soll. Dass dabei die bestehenden Arbeiterparteien, die man ja schon längst tot gesagt hat, als ein Hindernis im Wege sind, erscheint begreiflich, und man sieht auch schon Versuche, unter Hinweis auf den Vorfall des Marxismus, diese Arbeiterparteien in Misskredit zu bringen. Man wird wahrscheinlich auch bei uns mit dem Wort Sozialismus nicht sparen, wie es in Deutschland die Nazis getan haben. Vielleicht wird auch diesmal wieder das Versprechen über die wahre Erkenntnis der Dinge siegen. Nichts ist einfacher, als die Massen zu betrügen, wies gemacht werden muss, kann jeder in Hitlers „Mein Kampf" nachlesen. Um solche Versuche braucht man also nicht besorgt zu sein. Es ist nun Aufgabe der Arbeiterschaft selbst, aus den Geschehnissen zu lernen und die entsprechenden Vorbereitungen zu treffen. Wieder hören wir soviel von einer sogenannten Einheitsfront aller Arbeiterparteien, aber wie es dazu kommen soll, das ist noch nicht Allgemeingut der Massen. Beispiele an Ergebnissen in anderen Ländern genügen, hier nicht, man muss auch die theoretische Grundlage dafür schaffen. Aber diese kommen nicht von selbst, sondern sind Aufgabe der Arbeiter, wie es in einem der grundsätzlichen Lehrsätze aus dem „Kommunistischen Manifest" heisst.

Die Arbeiterklasse ist durch manche Erfahrung belehrt, wird sie auch aus den neuen Ereignissen ihre Schlüsse ziehen oder den Versprechungen folgen, die nicht zuletzt, die heutige Lage herbeigeführt haben? Sie hat das Schicksal in eigener Hand. Keine Volksgemeinschaft, keine scheinsozialistischen Versprechungen können hier helfen, sondern die Ueberzeugung, dass eine völlige Umgestaltung unserer jetzigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung kommen muss, die aber die Arbeiterklasse nur durch die Eroberung der politischen Macht durchsetzen kann.

Ulitz schreibt ein Interview

Die gesamte Kulturwelt, mit Ausnahme der Hitlerdeutschen, ist sich darüber einig, dass Nationalsozialismus Rückkehr zu Barbarei und Gewalt bedeutet, ein Herabsinken ins Mittelalter. Kein Geringerer als Mussolini, auf den sich Hitler und seine Gefolgschaft berufen, hat den Nationalsozialismus als Gesamtergebnis mit „Päderastie und Mord" gekennzeichnet und ist inzwischen scharf von den Methoden der Staatskunst des Dritten Reichs abgerückt. Welch' ungeheurer Schaden für Deutschland durch die Machtübernahme der Nazis erfolgt ist, ist von Tag zu Tag immer deutlicher sichtbar. Nur ein kleiner Teil von Nutzniessern glaubt, die Methoden des Dritten Reichs auch in das Auslandsdeutschtum hineintragen zu müssen. Menschen, die früher nicht genug ihre demokratische Gesinnung hervorheben konnten, sich gegen jede Art von Gewalt und Barbarei wandten, haben plötzlich ihr nationalsozialistisches Herz entdeckt und wollen nun dieses „Gedankengut" auch auf das Auslandsdeutschtum übertragen, machen sich zu Trägern dieser Propaganda. Welches die Ursachen hierzu sind, ist hier mehr, als einmal, bewiesen worden.

Deutsche Sozialistische Arbeiterpartei in Polen
Bezirk Oberschlesien

Parteigenossen, Parteigenossinnen!

Der Bezirksvorstand beruft für **Sonntag, den 23. September**, nachmittags 2 Uhr, nach dem Saal des Volkshauses in Chorzow I, Königshütte, eine

Bezirkskonferenz

mit folgender Tagesordnung ein:

1. Eröffnung und Konstituierung der Konferenz,
2. Situationsbericht im Bezirk,
3. Diskussion,
4. Die politische Lage und unsere Aufgaben, Referent Genosse Kowoll,
5. Diskussion,
6. Allgemeines und Anträge.

Anträge zur Bezirkskonferenz sind bis spätestens 1. September an den Bezirksvorstand zu senden.

Die Beschickung der Konferenz erfolgt auf Grund der im Rundschreiben aufgestellten Richtlinien.

Sorgt für zahlreiche Beschickung der Konferenz!

Freiheit! **Für die Parteileitung:**
J. A. Johann Kowoll

Bis zum „Aufbruch der Barbarei" in Deutschland war der deutsche Volksbund die Rechts- und Interessenvertretung der deutschen Minderheit in Polnisch-Oberschlesien. Weite Kreise, die weder Mitglieder des Volksbundes waren, noch am allerwenigsten mit seinen Leistungen zufrieden waren, haben dem Volksbund und seinen Trägern nie das Recht streitig gemacht, als die Rechtvertretung der deutschen Minderheit zu gelten. Obgleich die deutsche Minderheit politisch in drei verschiedene, weltanschauliche Parteien geteilt war, hat man den Volksbund als Interessenvertretung gelten lassen. Das ist anders geworden, nachdem sich der Volksbund die Aufgabe gestellt hat, die politischen Parteien zu liquidieren, alle Deutschen in eine sogenannte „Volksgemeinschaft" zusammenzufassen und sie mit der Idee des Nationalismus in Verbindung zu bringen. Der Volksbund ist aus einer Rechtsorganisation zu einem politischen Machtinstrument geworden und benutzt die ihm zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel, um auf die politisch andersorientierten Organisationen, einen Machtdruck auszuüben, sie sich gefügig zu machen. Dagegen wenden sich nunmehr die Jungdeutschen, die Katholische Volkspartei und die Deutsche Soz. Arb. Partei, die niemals in irgend einer Form an den Volksbund gebunden war, mit den übrigen deutschen Parteien aus Klassenbewusstsein der Arbeiterschaft auch stets eine Wahlgemeinschaft abgelehnt hat.

Nachdem der Volksbund ein politisches Machtinstrument zu werden droht, setzte der Kampf gegen den Volksbund und seine Leitung ein. Die Art des Kampfes ist bestimmt alles andere, wie angenehm. Ausgang des Kampfes waren die Jungdeutschen, die durch den nationalsozialistischen Sieg im Reich eine Scheinkonjunktur erlebten und nun zu den Futterkrippen des Volksbundes drängen. Sie haben den Kampf mit Mitteln eröffnet, die sonst nie im Deutschtum üblich waren und man muss sagen, dass erst jetzt viele auf den Stall des Volksbundes um Ulitz aufmerksam wurden. Auslandsstellen haben nun auf Volksbund und Jungdeutsche einen Druck zum Waffenstillstand ausgeübt, der aber fehl ging. Hier setzte nun der Kampf der anderen Gegner des Volksbundes ein, die den Volksbund nunmehr als Interessenvertretung des gesamten Deutschtums ablehnen, weil er eben die Volksgemeinschaft auf nationalsozialistischer Grundlage von allen Angehörigen der Minderheit fordert, die wiederum diese in einer gewaltigen Mehrheit ablehnt.

Sprecher des Volksbundes ist der Geschäftsführer Ulitz, dessen politische Wandlungsfähigkeit und Charakterlosigkeit erst eben durch den Nationalsozialismus offenbar wurde. Selbst die Delegierten des Volksbundes sprachen sich anlässlich der letzten Generalversammlung gegen Ulitz aus. Trotzdem versucht er durch die verschied. Mittel, sich an der Macht zu halten oder wird von Auslandsstellen als „unersätzlich" gehalten. Die Angriffe, die es jetzt gegen den Volksbund hagelt, haben nun Ulitz veranlasst, sich selbst ein Interview zu geben, dass in der „Kattowitzer Zeitung" veröffentlicht wurde. Es ist ein misslungener Versuch, sich zum Träger der Minderheitenpolitik zu machen, die ihn als Interessenvertreter ablehnt. Keine juristisch-kasuistische Dogmatik unter Berufung auf Geschehnisse kann die Tatsachen leugnen, dass Ulitz von der Mehrheit der deutschen Minderheit als ihr Repräsentant abgelehnt wird. Hätte dieser Mann etwas Charakter, so würde er, im Interesse des Auslandsdeutschtums und der deutschen Minderheit in Polnisch-Oberschlesien, selbst abtreten. Da er dies nicht tun will und das aus recht begreiflichen Gründen, so bleibt eben den Gegnern dieses Volksbundes und seiner Träger nichts anderes übrig, als den Kampf solange fortzuführen, bis eben dieser Augiasstall gesäubert ist. Wenn schon Ulitz nicht verstehen will, dass er innerhalb des deutschen Volkstums Gegner hat, so müsste er wenigstens begreifen, was die polnische Presse mit allem Nachdruck schreibt, dass ihn das Gastvolk als Vertreter des Deutschtums ebenso entschieden ablehnt, wie eben die Mehrheit innerhalb der Minderheit.

Das selbstgeschriebene Interview in der „Kattowitzer Zeitung" ist ein Musterbeispiel von Ehrenhaftigkeit der nationalsozialistischen Mannen des deutschen Volksbundes. Da wird Dr. Pant als Beweis für die Notwendigkeit des Volksbundes angeführt, fast mit einer Verehrung, die dem anständigen Menschen als Brechmittel gelten kann. Es ist zum Kotzen, diese Anbiederung lesen zu müssen, von einem Manne, der vor wenigen Tagen vorher der Treiber innerhalb des sogenannten Zentralausschusses der Deutschen in Polen war, um Dr. Pant aus diesem Ausschuss ausscheiden zu lassen, weil Dr. Pant den Nationalozialismus als solchen ab-

lehnt und deutscher Führer nach Ulitz Meinung nur sein kann, wer sich rückhaltlos zum Nationalsozialismus bekennt. Es lohnt nicht, auf das Geschreibsel des Dr. h. c. Ulitz einzugehen. Uns kann man damit nicht treffen, wenn Dr. Ulitz dem Kreis um den sozialistischen Volkswillen jede Bedeutung innerhalb der deutschen Minderheit abspricht. Wir möchten diesen „Ehrenmann" nur daran erinnern, wer sich denn so sehr um den Anschluss der deutschen Sozialisten für den Volksbund bemüht hat. Dafür sind auch noch schriftliche Dokumente vorhanden, von denen wir gelegentlich noch Gebrauch machen werden.

Vielleicht errinnert sich Ulitz noch jener Stunde, wo er mit Begeisterung von Hermann Müller, dem sozialdemokratischen Reichskanzler, sprach und wie oft er Anschluss an die Breitscheid, Löbe und andere Marxisten suchte. Wenn Ulitz sich jetzt hinter der Gestalt des Prinzen von Pless verbergen will, so wird ihm dies wenig nützen. Inzwischen ist auch das Urteil über den Prinz. v. Pless fertig, möge es zu Recht oder Unrecht bestehen, das zu untersuchen, ist nicht unsere Aufgabe. Wir werden aber dafür sorgen, dass auch beim Präsidenten Calonder offenbar wird, dass Ulitz und der deutsche Volksbund nicht mehr die Interessenvertretung der deutschen Minderheit sind. Niemand wird ihm dieses Recht der Interessenvertretung des Nationalsozialismus absprechen, aber die deutsche Minderheit in ihrer Gesamtheit zu vertreten, dieses Recht hat Ulitz nicht mehr.

Dunst vergeht — Dummheit bleibt

Trotzdem heute in Deutschland und besonders im benachbarten Auslande, das Deutschtum, d. h. die geistigen Errungenschaften, die den deutschen Menschen auszeichneten, mit den eigenen Waffen der „Ueberdeutschen" der III. Reichsnazis geschlagen und fast vernichtet werden, gibt es immer noch eine Menge denkfähiger, irgendwie abhängiger „Parteigenossen", die nach, wie vor, der ausgezeichnet arbeitenden Propaganda gläubig nacheifern. Sowie die Fabrikanten von Markenartikeln (z. B. Odol durch riesenhafte Reklame, als das „Beste für die Zähne" anbieten und zum Kauf anreizen wollen, so versucht der Propagandaminister Göbbels, das „Hakenkreuz" als allein „deutsch" der Masse aufzwingen. Aufzwingen — das ist der richtige Ausdruck. Der „Odol"-Fabrikant muss doch immerhin mit der „Konkurrenz" rechnen, die doch ebenfalls ihre Ware ausschreien kann; der Propagandaminister steht konkurrenzlos da, und reiche Mittel und Fonds stehen ihm zur Verfügung. Diese riesenhafte Marktschreierei hat unzweifelhaft auf die breite Masse gewirkt die stets **dem** glaubt, der am pathetischesten reden kann und die vor jedem „Gedrucktem" eine heilige Scheu empfinden. Aber auf jeden Rausch — denn auch das Pathos kann berauschen — folgt die Ernüchterung, folgt der Riesenkater. Die Propaganda „Blut und Boden" Rasse und Heimat, Deutschland erwache und ähnliches mehr, haben „leider" auch bei den um Deutschland herumliegenden „Wirtsstaaten" in denen deutschsprechende Menschen als „Gäste" wohnen, nur zu gut gewirkt. In dem einen Lande ist man nur scharf auf die Nazi-literatur, die bekanntlich in krassem Gegensatz zu den „verführerischen" Reden und Redensarten der heute im 3. Reich regierenden Herrschaften steht, im anderen Lande wird kurzerhand mit den „Minderheiten" aufgeräumt, ihre Zeitungen, Organisationen usw. verboten, ihr Besitz eingezogen. Wo anders wieder wird nach berühmtem Muster gleichgeschaltet. Kurz, der arme, deutschsprechende und deutschfühlende Mensch im Auslande, hat für die Reden, Taten und Untaten der verehrten „Führer" und Reklameleute zu büssen. Bei uns hier ist man offiziell ganz besonders liberal gegenüber den affenjackentragenden und schulterriemenenden Hitlerjungen. Man lässt den kindlichen Gemütern ihr Vergnügen an solchen Aeusserlichkeiten. Man weiss, diese Freude ist aber auch alles. was die Jungen und Mädels haben. Denn da die Krise sich erwiesenermassen bei der Minderheit noch furchtbarer auswirkt. als bei dem „Wirtsvolk", ist auf Arbeit, Anstellung, Verdienst bei den „Volksgenossen" wenig zu rechnen. Und da man von Singen, Sprechchören und von der schwachbrüsigen Nothilfe auf die Dauer nicht satt wird, beginnt allmählich die berauschende Reklame zu verdunsten und übrig bleibt „der Oelkopp".

Die Steueraffaire des Fürsten von Pless

Einspruch gegen die Zwangsverwaltung.

Wie aus unterrichteten Kreisen mitgeteilt wird, hat die Plessische Verwaltung gegen die Einsetzung einer Zwangsverwaltung Einspruch erhoben. Das Zivilgericht wird jetzt zu entscheiden haben, ob dem Antrag der Generalstaatsanwaltschaft Rechnung getragen wird. Nach allem, was in der Steuerangelegenheit des Fürsten von Pless bekannt ist, braucht daran nicht gezweifelt werden, dass die Zwangsverwaltung eingesetzt wird, da, aller Voraussicht nach, die Beschwerde beim Völkerbund abgewiesen wird.

Die polnische Regierung hat zu der Beschwerde des Fürsten von Pless beim Völkerbund die üblichen Bemerkungen erhoben, in welchen sie feststellt, dass die Beschwerde zu Unrecht erhoben sei und dass es nur der Böswilligkeit zuzuschreiben ist, wenn die Steuern bisher nicht bezahlt wurden. Die Steuerbehörden haben vergeblich auf annehmbare Vorschläge gewartet und wo sie gemacht wurden, waren sie nicht diskutabel. In den Bemerkungen der polnischen Regierung wird festgestellt, dass die Plessischen Verwaltungen im Verlauf der letzten Steuerjahre. Millionen von Reingewinnen nach Deutschland überwiesen haben, ohne die Steuerschuld bei den Finanzbehörden zu regeln. So behauptet die polnische Regierung, dass von einem Reingewinn von 27 Millionen im Jahre 1931, 14 Millionen, 1932 von 26,6 Millionen 16 Millionen und 1933 von 23,9 Millionen Reingewinn, 16,6 Millionen nach Deutschland überwiesen wurden. Dies wird als Beweis angeführt, dass Fürst von Pless bei diesen Gewinnen recht wohl in der Lage war, seine Steuerschulden abzudecken.

Inzwischen hat auch ein anderer Prozess einer Schweizer Firma wegen Betrugs gegen die Plessische Verwaltung stattgefunden. Fürst von Pless und Prinz von Pless weigern sich, eingegangene Verpflichtungen ihrer Bevollmächtigten in Finanzfragen anzuerkennen. Scheingründungen in der Schweiz besorgten Gelder für den Fürsten von Pless, die jetzt nicht anerkannt werden. Das Kattowitzer Gericht hat nun die Schuldverpflichtungen derer von Pless, der Schweizer Firma zugestanden, doch wird wohl diese Frage noch die Gerichte weiter beschäftigen.

Um die Not der Invaliden

Das vom Schlesischen Sejm zur Sanierung der Sozialinstitute angenommene Gesetz hat jetzt innerhalb der Invaliden, Rentner und Witwen den heftigsten Protest ausgelöst. Ueberall werden Massenversammlungen der Invaliden veranstaltet, in welchen sie durch Annahme von Protestresolutionen die Einberufung des Sejms fordern, damit dieser dieses Gesetz zurückziehe. Es ist bezeichnend, dass auf solchen Versammlungen oft Vertreter der Parteien zu Renten- und Invalidenfragen referieren, die dieses Gesetz bekämpfen, während ihre offiziellen Vertreter im Schlesischen Sejm für das Gesetz gestimmt haben.

Auf einer der Invalidenversammlungen in Zalenze referierte Genosse Abgeordneter Kowoll zu dieser Frage, nachdem sich angeblich andere Abgeordnete bürgerlicher Parteien geweigert haben, zu dieser Versammlung zu erscheinen. Genosse Kowoll unterstrich, dass sich die Invaliden keinerlei Illusionen hingeben sollen, dass der Schlesische Sejm dieses Gesetz zurückziehen werde. Im Gegenteil weise die gegenwärtige Situation die Zwangsläufigkeit, dass noch weitere Rentenkürzungen, besonders bei der Knappschaft, erfolgen werden. Im bürgerlichen Staatswesen greift man nicht nach dem Besitz, sondern lässt die Opfer den breiten Massen auferlegen. Auch mit den Invaliden ist es so. Gerade das Industriegebiet hat keine sozialistische Vertreter in den Schlesischen Sejm gesandt, und es wird dort die Politik getrieben, die man haben wollte, indem man den bürgerlichen Parteien die Stimmen zukommen liess. Die Sozialisten haben gegen das Gesetz gestimmt, weil sie wussten, wie es sich auswirken werde

Nach dem Genossen Kowoll sprach noch Kollege Nowak, der in eindringlicher Weise die Not der Invaliden schilderte und von den Anwesenden forderte, dass sie nunmehr die erforderlichen Lehren hieraus ziehen sollen. In der weiteren Diskussion trat Genosse Kowoll noch für die Einheitsfront aller Arbeiterschichten ein. Am Schluss wurde eine Resolution angenommen, die dem Schlesischen Sejm und der Spolka Bracka zugehen soll.

Es wird besser und besser!

Aus Deutsch-Oberschlesien wird uns geschrieben: Wenn du deinen Nachbarn in den Arbeitervierteln ärgern willst, so grüsse ihn nur „Heil Hitler", er wird dir schon die richtige Antwort geben. Mittlerweile erfahren wir ganz interessante Dinge, wo es ans Zahlen geht, wie, anlässlich der „Ausstellung für Haus und Frau", die braune Bonzerie gewirtschaftet hat. In den ausgestellten Betten sind wahre Orgien gefeiert worden, und verschiedene Artikel musste die Frauenschaft wohl oder übel erwerben, um es nicht auf einen grossen Krach in der Kaufmannschaft zu bringen „Pg"sin Dorniok könnte wohl noch manch anderes Geheimnis dieser Ausstellung ausplaudern, wenn es nicht schon bei Gericht zum Austrag kam.

Eine bekannte Schuhfirma in Hindenburg hat nicht weniger, als 10 000 Mark für gelieferte Waren von der Standarte Hindenburg zu erhalten und wurde jetzt vor Gericht damit vertröstet, dass man von München nach gründlicher Untersuchung die Angelegenheit regeln werde. Aber es ist ebenso kein Geheimnis, dass den SA und SS-Leuten die Beträge längst abgezogen worden sind. Boshafte Zeugen behaupten, weil „Gemeinnutz vor Eigennutz" gelt, so habe jeder Bonze und Unterbonze nicht nur sich selbst, sondern die ganze Familie und die Verwandtschaft, auf Kosten der Standarte, „versorgt", und in der Meinung, dass der Besitzer des Schuhhauses nicht Arier ist, wird es schon auf gewohnte Art bezahlt. Nun hat das Gericht vorläufig das Urteil nicht gefällt, bis München zahlen wird. Und wie mit Schuhen, so ist bei der Kaufmannschaft gerade in dieser Hinsicht die SA in grosser Erinnerung, was in vier- bis fünfstelligen Ziffern in den Kassabüchern zum Ausdruck kommt.

Eine schöne Erinnerung an die Ley-Kundgebung haben die Breslaufahrer, von denen die „Ostfront" behauptet, dass die grösste Anzahl Deserteure sind, weil sie weniger nach Breslau kamen, um Ley zu hören, vielmehr, um die praktische „Arbeitsfront" auszuüben, indem sie besonders eine bekannte Gasse aufsuchten, wo man, neben flüssigen Dingen, auch so etwas, wie Liebe haben kann. Kein Wunder, wenn man Ley mit seinem Gequasel satt hat, denn er soll bereits in einer „entsprechenden" Stimmung nach Breslau gekommen sein, dass er knapp einige Minuten „lallen" konnte, aber keiner mit Bestimmtheit sagen kann, was er wollte. Und dementsprechend war auch die ganze Kundgebung, die Breslaufahrer wurden denn auch richtig geneppt, sodass man den Eindruck gewinnen muss, die Nazis erziehen die Arbeiter zur „Wirtschaftsbelebung", aber nur für bestimmte Gewerbe, in welchem Ley Meister ist.

Zwar sind nach einem Befehl des „Führers" alle Schnorrereien verboten, aber das Sammeln geht lustig weiter, nur, dass der Erfolg nicht mehr der von früher ist. Die Sammler bekommen auch genügend Erinnerungen, besonders hinsichtlich der Charakterisierung der Führerbonzen, wie sie am 30. Juni der Reichsführer benannt hat. Das Volk hat eben für Päderasten, verkommene Säufer, kein Geld mehr, aber niemand kümmert sich auch um den Befehl, denn es wird für alle möglichen und unmöglichen Zwecke gesammelt.

Dass der Kreisleiter der „Arbeitsfront" bei der Industrie abgemeldet ist und nicht mehr so ohne weiteres freien Zutritt zu den Betriebsleitungen hat, konnte am deutlichsten Grzegorczyk erfahren, der nun merkt, dass die Zeit der SA abgelaufen ist und die Arbeitsfrontler nicht mehr zu vermelden haben. Aber er hat sein Schefflein inzwischen so gut aufgefüllt, dass er mit dem Aufbruch der Nation durchaus zufrieden sein kann. Und da es besser und besser geht, so darf auch der kleine Besitzer seine Kartoffeln nicht freiwillig zu dem Preis verkaufen, den er glaubt, als zufriedenstellend anzunehmen, sondern muss die vorgeschriebenen Höchstpreise einziehen, wenn er nicht, wie dies in Hindenburg an der Sternapotheke geschah, polizeilich abgeführt werden will. Nicht 3 Mark pro Zentner, sondern 4—4,50 Mark müssen gezahlt werden, damit sich die breiten Massen am Kartoffelessen nicht verwöhnen. So gehts besser im Dritten Reich. Dafür predigt man den Massen „Versöhnung", verhöhnt sie aber, ob des früheren Regimes, unter welchem noch das Leben erträglich war. In einem Wort, das einzige, was unter den Nazis gedeiht, das ist die Misswirtschaft, der Arbeiterbetrug und das Schuldenmachen durch die Bonzen der SA, und Nazis.

Preisherabsetzung?

Die Preissenkungsaktion, welche durch die Regierung durchgeführt wird, zeitigt einen immer grösseren Erfolg. Geplant ist eine neue Preisermässigung für Zukker, Salz und Petroleum. Diese Herabsetzung soll bereits in der ersten Hälfte dieses Monats vorsichgehen. Dies wird zur Folge haben, dass der in letzter Zeit stark zurückgegangene Konsum dieser drei wichtigen Verbrauchsartikel nunmehr wieder eine Belebung erfahren wird. Dies wäre wohl in der Hauptsache auf das flache Land anzuwenden. Der Zucker-Kleinverkaufspreis wird durchschnittlich eine Senkung um 15 Groschen per Kilogramm erfahren, sodass sich also der Warschauer Zuckerkleinverkaufspreis von bisher 1,44 auf nunmehr 1,29 Zloty per kg. ermässigen würde. Die Zuckerpreise in den verschiedenen Landesteilen werden gleichzeitig einander nahe angeglichen werden. Die Preisermässigung für Petroleum soll voraussichtlich 20 Prozent betragen, sodass sich der Grosshandelspreis für 100 kg raff. Petroleum loco Drohobycz von gegenwärtig 42,55 auf etwa 34 Zloty tellen würde. Da darüber hinaus der Ministerrat eine Ermässigung der Petroleum-Akzise von 10 auf 8 Zloty beschlossen hat, die voraussichtlich gleichzeitig in Kraft treten wird, ist mit noch einer weiteren Preisermässigung für Petroleum um 2 Zloty zu rechnen, so dass sich der Grosshandelspreis für das kg Petroleum um nahezu 10 Zloty verringern würde. Weiterhin steht dann noch die Herabsetzung der Salzpreise bevor, über welche noch das Staatliche Monopol zu beschliessen haben wird.

Durch die Preisermässigung für Salz und die Herabsetzung der Petroleum-Akzise verliert natürlich der Staat indirekt und direkt gewisse Einnahmen. Der polnische Staat aber hat sich für diese Einnahmeausfälle gleichzeitig eine Entschädigung zugesichert und zwar in der Form einer Erhöhung der Zuckerakzise um 5 Zl. per 100 kg. Der Grosshandelspreis für Zucker wird nämlich um 20 Zloty per 100 kg herabgesetzt, von denen aber den Konsumenten nur 15 Zloty zugute kommen sollen, während die restlichen 5 Zloty zur Akzise zugeschlagen werden. Auf diese Weise will der Staat beim Zucker wieder hereinbringen, was er beim Petroleum und beim Salz aufzugeben gedenkt. Wieder einmal sind es ausschliesslich die Privaten, die die Lasten der Preissenkung tragen sollen.

Das alte Lied: Arbeiterentlassungen!

Während ein Teil der Presse immer wieder von einer Belebung der Industrie zu berichten weiss und von russischen Aufträgen gesprochen wird, durchdringt die Kunde, dass sowohl in der Friedenshütte etwa 100 Arbeiter zur Entlassung kommen sollen, als auch die Königshütte den Antrag auf Entlassung von 600 Arbeitern auf 3 Monate gestellt hat. In Friedenshütte hat der Demobilmachungskommissar bereits die Entlassung entschieden, während in Königshütte noch eine Nachprüfung der Wirtschaftslage in Aussicht genommen ist.





Unterhaltungsbeilage des „Volkswille“



Volksabstimmung 1851

Von **Victor Hugo.**

Der grosse Dichter Victor Hugo porträtierte in seinem „Napoleon le Petit“ das Plebiszit von 1851, durch das Louis Bonaparte zum Kaiser emporstieg. Wir veröffentlichen einige Stücke daraus.

Ein Bandit überfällt eine Postkutsche mitten im Wald. Er ist der Anführer einer zu allem entschlossenen Bande.

Zwar sind die Reisenden zahlreicher, aber jeder ist für sich, eingepfercht in seinem Abteil. Mitten in der Nacht, schon im Halbschlaf, ohne Waffen, sehen sie sich plötzlich überrumpelt.

Der Bandit befiehlt ihnen, auszusteigen, keinen Laut, kein Wort zu wagen, sich mit dem Gesicht zur Erde hinzulegen.

Einige leisten Widerstand. Ihnen wird der Schädel zerschmettert.

Die anderen fügen sich und werfen sich nieder, stumm, unbeweglich, von Schrecken gelähmt, in bunter Reihe mit den Toten und den Toten gleich. Während ihnen die Komplicen den Fuss auf den Nacken setzen und die Pistole an die Schläfe, durchwühlt der Bandit ihre Taschen, erbricht ihre Koffer und raubt ihnen alles Wertvolle.

Die Taschen sind geleert, die Koffer geplündert, der Staatsstreich vollendet. Da sagt er:

„Und nun, damit ich mit dem Gesetz nicht in Konflikt komme, lege ich euch ein Schriftstück vor, wonach ihr anerkennt, dass alles, was ich euch abgenommen, mir gehörte, und das ihr es mir aus freien Stücken überlassen habt. Wohlverstanden, das ist eure eigne Meinung. Man wird jedem von euch eine Feder in die Hand drücken und, ohne ein Wort zu sagen, ohne eine Miene zu machen, ohne euch von der Stelle zu rühren ... — den Bauch zur Erde, das Gesicht im Kot — „habt ihr den rechten Arm zu heben und habt alle dies Papier zu unterschreiben. Rührt sich einer von euch oder sagt er nur ein Wort — hier ist meine Pistole. Uebrigens seid ihr frei.“

Die Reisenden heben ihren Arm und unterschreiben. Danach erhebt der Bandit sein Haupt:

„Ich habe 7 500 000 Stimmen!“

*

So hat sich Herr Louis Bonaparte zum Präsidenten gemacht.

Erinnern wir uns einiger Grundsätze.

Damit eine politische Wahl gültig sei, sind drei Bedingungen unerlässlich: Erstens: Sie muss frei sein. Zweitens: Sie muss bewusst sein. Drittens: Das Wahlresultat muss echt sein.

Fehlt eine dieser drei Bedingungen, so ist die Wahl nichtig. Wie nun, wenn keine der drei Bedingungen gegeben ist? ...

Man müsste ein ganzes Buch schreiben, um die unzähligen Tatsachen dieses ungeheuerlichen Unterschriftenraubes zu berichten und klarzulegen ...

Der 20. Dezember hat die Ehre, die Initiative, die Intelligenz, die Moral der Nation niedergestampft. Frankreich ging zu dieser Abstimmung wie die Herde zum Schlachthaus ...

Alle Tricks haben bei dieser Wahl mitgespielt. Ein Dorfschulze, ein bäuerlicher Jesuit, zum Beispiel, sagte zu den Wählern „Wenn ihr mit Ja stimmt, dann stimmt ihr für die Republik, wenn ihr mit Nein stimmt, dann stimmt ihr gegen die Republik.“ Daraufhin haben die Bauern mit Ja gestimmt. In der Tat jedoch, — schon nach kurzer Zeit, in einem Jahr, in einem Monat, viel leicht schon in einer Woche, wenn das, was wir in diesem Monat sehn, zerstoben sein wird, wird man sich schämen, auch nur eine Minute diesen infamen Wahlbetrug den man die Abstimmung der 7.500 000 nennt, die Ehre einer Diskussion gegeben zu haben. Dennoch ist das die einzige Basis, der einzige Stützpunkt, der einzige Wall für die ungeheuerliche Macht des Herrn Bonaparte.

Diese Abstimmung dient den Feiglingen als Entschädigung, sie ist der Schild der feilen Gewissen. Generäle, Obrigkeiten, Bischöfe, alle Pflichtvergessenheit, alle Untreue, alle Mitschuld versteckt ihre Schande hinter dieser Abstimmung. Frankreich hat gesprochen, sagen sie. Vox populi vox dei, das allgemeine Wahlrecht hat gestimmt alles ist durch die Abstimmung ausgeglichen!

Das — eine Wahl? Das — eine Abstimmung? Man spuckt darauf und geht weiter ..

Man massakierte auf den Boulevards und überall. Man erschoss, niemand weiss, wen und wo; man beging unzählige Morde, von denen man bescheidenerweise nur 191 eingesteht. Die Wasserlöcher um die Bäume der Boulevards verwandelten sich in Blutpfützen; man vergoss das Blut des Kindes mit dem der Mutter und mischte den Champagner für die Gendarmen hinein. Man tat alles, man gab sich alle Mühe, und auf die Frage an die Nation: „Bist du nun befriedigt?“ erhält man nur 7 500 000 Stimmen. Wahrlich, es hat sich nicht bezahlt gemacht.

Ihr Staatsstreichler, niemand glaubt euch die 7 500 000 Stimmen!

Bitte! Ein wenig Offenheit, gesteht es: Ihr seid ja alle Gauner, ihr mogelt, — in eurer Bilanz vom 20. Dezember zählt ihr zuviel Stimmen und zu wenig Leichen.

7 500 000. Was ist das für eine Zahl? Woher kommt sie? Wo ist sie entstanden? Was sollen wir mit dieser Zahl anfangen?

Sieben Millionen. Acht Millionen. Zehn Millionen. Was machts? Wir gestehen euch alles zu und machen euch alles streitig.

Die sieben Millionen, die habt ihr, und auch die 500 000, die Summe und den Zuschuss. Du sagst es, Bonaparte, du versicherst es, du beschwörst es, — aber wer beweist es?

Wer hat die Stimmen gezählt? Baroche. Wer hat sie geprüft? Roucher. Wer hat kontrolliert? Pietri. Wer hat zusammengezählt? Maupas. Wer hat nachgeprüft? Troplong. Wer hat verkündet? Du!

Mit anderen Worten: Die Niedertracht hat gezählt, die Kricherei hat geprüft, die Gaunerei hat kontrolliert, die Fälschung hat addiert, die Feigheit hat nachgeprüft, die Lüge hat verkündet.

*

Würde man nach der Wahl einem beliebigen Bürger die Frage stellen: „Sie haben Louis Bonaparte zum Präsident ernannt?“, — „Ja“ wäre die Antwort. „Würden Sie ihn als Kassenboten einstellen?“ „Auf keinen Fall!“

An die Märtyrer der Freiheit

Flattert in heiligen Scharen um uns, und die blutigen Fahnen
schwingt in der Schlacht, wenn einst Männer und Sklaven im Kampf.

Platen

Streik in Indien

Das Erwachen der indischen Arbeiterschaft.

Dichte Staubwolken. Glühende Hitze eines Märztages. Bombay.

„Sie kommen! — Sie kommen!“ — Die erste Gruppe der Streikenden aus Kurla hat Dadar, einen Vorort von Bombay, erreicht. Mit roten Fahnen, mit Transparenten, Kampflieder singend, marschieren diese Streikenden seit frühem Morgen, marschieren fünf Meilen, marschieren zehn Meilen, marschieren zum Protest und zur revolutionären Forderung. Sie üben Solidarität mit ihren 115 angeblich wegen Arbeitsmangels entlassenen Kollegen, die tatsächlich nur aus der Fabrik entfernt wurden, weil sie dem Aufseher keine genügenden „bakschisch“ (Trinkgelder) geben konnten oder wollten.

In der Textilfabrik von Kurla, deren Besitzer der indische Stahlkönig Tata ist, gehört es — wie in den meisten indischen Fabriken — zu den Sitten und Selbstverständlichkeiten des Betriebes, dass die einfachen Arbeiter dem Vorarbeiter oder Aufseher einen Teil ihres Gehaltes abgeben. Tun sie es nicht, werden sie von ihm bei allen Gelegenheiten mit hohen Strafen beiegt — oder fristlos entlassen.

„Wir fordern Wiedereinstellung der 115 grund- und rechtlos entlassenen Arbeiter!“

Die Forderung wird abgeschlagen.

„Wir fordern sofortige Entfernung der bestochenen Aufseher!“ — „In unserem Betriebe gibt es keine bestochenen Aufseher.“

Die Gewerkschaft ruft zum Streik auf. Die Fabrikleitung sucht ein Kompromiss. „Wenn die Arbeiter den roten Gewerkschaften nicht mehr folgen würden, so könnte man — —“ Die Arbeiterschaft lehnt ab. Sie steht zu ihren Führern. Fünftausend Personen verlassen die Maschinen.

Die Fabrikleitung lässt Streikbrecher aus Bombay kommen. In langen Zügen rollen die Lastkraftwagen über die sonnige Landstrasse. Jeder Wagen mit Streikbrechern wird von zwei Polizeiautos begleitet.

Die Gewerkschaft lässt die Arbeiter zu einem Marsch auf Bombay antreten. Zu einer Riesendemonstration gegen Willkür, Ausbeutung und Polizeigewalt. 5000 Personen aus der klassenbewussten indischen Arbeiterschaft.

„Uebt Solidarität!“ — Auf einem der grossen Plätze in Bombay spricht Ranadive, der Führer der roten Arbeiter, für den Zusammenschluss der Werktätigen von Bombay und Kurla. „Uebt Solidarität!“

Und während ihm die Versammlungsteilnehmer stürmisch zustimmen, ziehen die Demonstranten — mit Jubel begrüsst — durch die Strassen der Grossstadt.

*

Cawnpore. Der graue Hof der Baijnath Balmakund Zuckerfabrik. In kleinen Gruppen stehen die Arbeiter und diskutieren. Soeben ist ein Beschluss der Direktion bekanntgegeben worden: Kürzung der Löhne von zehn Rupies (etwa 60 englische Schilling) monatlich auf acht Rupies monatlich. Auch sind die Arbeiter angewiesen, in Zukunft ohne besondere Entschädigung je ein Kind zur Hilfeleistung mitzubringen. Der Arbeitstag bleibt, wie bisher, zehnstündig.

Die Direktion beschliesst. Die Arbeiter diskutieren. Sie konnten nicht einmal mit zehn Rupies ihre Mindestansprüche decken: sie konnten sich weder sattessen noch für sich und ihre Familien die allernötigste Kleidung kaufen; sie mussten ihre Mieten schuldig bleiben und zum „banja“ (Geldverleiher, der für das geliehene Geld bis zu 125 Prozent Zinsen nimmt) gehen, wenn in ihren Familien ein Todesfall, eine Geburt oder gar eine Hochzeit — die bei den Indern die grösste Rolle spielt — stattfand. Und nun —? Eine zwanzigprozentige Lohnkürzung tragen und seinen Hilfsarbeiter aus eigener Tasche bezahlen — unmöglich!

Die Direktion beschliesst — die Arbeiter diskutieren. Die Gewerkschaft ruft zum Streik auf. Am nächsten Morgen stehen alle Räder still.

Reges Leben herrscht auf dem Hauptbahnhof von Bombay. Züge rollen an — Züge rollen ab — die weiten Hallen sind erfüllt von Durcheinander und Geschrei. Männer in farbigen Turbanen, verhüllte, geisterhaft aussehende Mohammedanerinnen, Händler, Reisende — alle drängen — alle scheinen sie irgendetwas zu versäumen.

Züge rollen an — Züge rollen ab —. Ohne vorherige Bekanntgabe legen punkt sieben Uhr abends 80 000 Eisenbahner der GJP.-Linie die Arbeit nieder.

Der Eindruck, den dieser Streik hervorruft, ist ungeheuer. Industrielle, Kaufleute, Advokaten — kleine und grosse Männer — rennen verzweifelt durch die Strassen, denken, telephonieren, suchen einen Ausgleich für den voraussichtlich grossen Schaden, einen Ausweg ... und finden ihn! Der Streik, der in erster Linie eine schwere Schädigung des englischen Kapitals darstellt, muss und wird zu einem Druck auf die hohen Frachtspesen ausgenutzt werden.

Als die Arbeiter das Spiel erkennen, das die Kapitalisten mit ihnen spielen, als sie die ungenügende Vorbereitung, die geringe Aussicht auf Erfolg dieses so glänzend begonnen Streiks einsehen, suchen auch sie einen Ausweg und — glauben, ihn zu finden. Sie wenden sich mit einem Schreiben an Motilal Nehru, den damaligen Präsidenten der Kongresspartei, und bitten ihn um Hilfe, um Rettung des gesamten Streiks vor dem ungewollten Erfolg für die indische Grossindustrie.

Nehru lehnt die von ihm geforderte Hilfe ab. Begründung?

Der Streik hat nicht allein ökonomische, sondern auch politische Hintergründe. Zur Verwirklichung des Ziels eines politischen Streiks ist die Anwendung von Gewalt unerlässlich. Der Kongress und mit ihm auch Mahatma Gandhi lehnt jede Gewaltanwendung grundsätzlich ab. Also muss er — Motital Nehru — der Arbeiterschaft die Hilfe dieses Mal verweigern. Ueberdies war er nicht davon überzeugt, dass die gesamte Arbeiterschaft die Wichtigkeit dieses Streiks — die ohne Zweifel vorhanden ist — erkennen kann. Nachdem die Grossindustriellen und Kaufleute dem Eisenbahnerstreik so lange zuschauten, als es zur Durchführung ihrer kapitalistischen Pläne nötig war, liessen sie ihn fallen. 80 000 Arbeiter mussten an ihre Maschinen und in ihre Werkstätten zurückkehren. 80 000 Arbeiter hatten durch ihre bis zum äussersten getriebene Verzweiflung, durch ihren Kampfeswillen und durch ihre Opferbereitschaft einen glänzenden Sieg erfochten. — Im Interesse des indischen Kapitals.

Aus der langen Reihe der Streiks, die Indien seit dem Jahr 1918 mit kurzen Unterbrechungen erschüttert und die indischen Unternehmer 1928 nicht weniger als 31 Millionen Arbeitstage gekostet haben, sind diese drei willkürlich herausgenommen. Der Kurlastreik, der acht Monate gedauert hatte, und nach dessen Ende etwa 250 bis 300 Arbeiter gemassregelt wurden, brach wegen Geldmangels und Uneinigkeit innerhalb der Leitung zusammen. Aehnlich wie der 1929/30 durchgeführte Generalstreik der Spinner und Weber in Bombay, der sechs Monate gedauert hatte. Volle Erfolge brachte dagegen der obenerwähnte Streik der Zuckerfabrik-Belegschaft in Cawnpore, der Streik der Dockarbeiter, die wiederholten Streiks der Jutespinner in und um Kalkutta und viele andere. Wer sich noch an die grossen, von Teilerfolgen begleiteten Streiks der Tata-Arbeiter (Eisen- und Stahlwerke) in Jamshedpur erinnert, an die vielen wilden Streiks auf den Kola-Goldfeldern, wer in den Streik der Spinnereien und Webereien in Scholapur und Bombay denkt, wird zugeben müssen, dass das Erwachen des Klassenbewusstseins, die Steigerung der Lebensansprüche u. die ökonomische und politische Revolutionierung der indischen Arbeitermassen unaufhaltsam sind.

Das Schlachtfeld der Arbeit

Die 25 proletarischen Berufskrankheiten

Obersanitätsrat i. R. MUDr. Ernst Kalmus, Dozent an der Deutschen Technischen Hochschule, beschäftigt sich in einem sehr instruktiven Artikel in der „Medizinischen Klinik" mit den „Berufskrankheiten und ihrer Entschädigung". Vor etwa 200 Jahren schrieb der berühmte italienische Arzt Bernardino Ramazzini, der Vater der Gewerbehygiene, sein grundlegendes Werk „De morbis artificum". In ihm gab er zum ersten Mal eine Schilderung jener Krankheiten, die wir heute als Berufskrankheiten bezeichnen.

Obersanitätsrat Kalmus stellt fest, dass Ramazzini bereits von 40 Krankheiten zu berichten wusste, und teilt dann u. a. mit:

„Die Fabrikarbeit hat eine grosse Zahl von Berufsgefahren verschiedener Art mit sich gebracht. So musste in England durch ein Gesetz aus dem Jahre 1833, also vor 100 Jahren, bestimmt werden, dass Kinder vor ihrer Einstellung in einem Fabrikbetrieb ärztlich übertrifft werden, ob sie die Entwicklung eines neun- bezw. 13jährigen Kindes erreicht hatten, da für die Kinder dieser Altersstufen eine verkürzte Arbeitszeit vorgesehen war.

Amtlich waren in Frankreich Arbeiterschutzgesetze seit 1841 erlassen und durch die weiteren Gesetze vom 4. März 1851, vom 9. Mai 1874 (Fabrikinspektion) erweitert, aber erst seit dem Jahre 1900 zu einer einheitlichen Regelung gebracht worden.

In der Schweiz, wo einzelne Kantone, wie Basel und Zürich, schon im 17. Jahrhundert manche entsprechende Verordnungen erlassen hatte, kam es erst i. J. 1877 (Gesetz v. 23. März 1877) zu einem einheitlichen eidgenössischen Fabrikgesetz, das die Frauen- und Kinderarbeit beschränkte, einen elfstündigen Maximalarbeitstag festsetzte.

Auch in Belgien konnte sich die Arbeiterschutzgesetzgebung erst seit dem Jahre 1877 durchsetzen, die Gewerbeinspektion seit 1895.

In Oesterreich gab es zwar schon zu Ende des 18. Jahrhunderts einzelne Schutzbestimmungen für jugendliche Arbeiter, aber erst mit dem Gesetz vom 28. Dezember 1859 wurde die Fabrikarbeit der Kinder und Jugendlichen eingeschränkt, durch das Gesetz vom Jahre 1885 die Fabrikarbeit der Kinder unter 14 Jahren verboten und erst das Gesetz vom 17. Juni 1883 brachte die Einrichtung der (technischen) Gewerbeinspektoren.

In einer in den Veröffentlichungen des Tschechoslowakischen Nationalkomitees für wissenschaftliche Organisation erschienenen Arbeit, wird der durch Unfälle in einem Jahre (1926) verursachte rein materielle Schaden in der Tschechoslowakischen Republik einschl. der Land- und Forstwirtschaft und des Baugewerbes, sowie aller bisher nicht versicherten Gewerbe auf etwa 1 Milliarde Kcz. geschätzt.

In der Tschechoslowakischen Republik besitzen wir seit dem 1. Juni 1932 ein Gesetz über die Entschädigung von Berufskrankheiten, das 25 Krankheiten bezw. Krankheitsgruppen umfasst und am 1. Juli 1932 in Kraft trat".

Obersanitätsrat Kalmus gibt sodann eine grundlegende Analyse dieser Berufskrankheiten, ihres Auftretens und ihrer Verbreitung. Es heisst in diesem Teil der Arbeit u. a.:

1. Erkrankungen durch Blei und dessen Verbindungen. Die Bleivergiftung ist nach den Erfahrungen aller Industrieländer die häufigste gewerbliche Vergiftung. Arbeiterkategorien: Blei- und Zinkhütten, Akkumulatorenfabriken, Walzwerke (Bleibleche, -rohre), Schrotgiessereien, Flaschenkapselfabriken, Textilfabriken, ferner Abwrackarbeiter (Schiffindustrie), Feilenhauer, Marmorschleifer, Bleilöter, Klempner, Dachdecker und Installationsarbeiter (Bleiröhre, Lot), Zinngiesser, Schriftsetzer, Schriftgiesser.

2. Erkrankungen durch Phosphor und deren Verbindungen.

Seitdem die Verwendung des gelben Phosphors bei der Zündholzfabrikation auf Grund internationaler Vereinbarungen verboten wurde, hat die Zahl der chronischen Phosphorvergiftungen in allen Staaten wesentlich abgenommen.

3. Erkrankungen durch Quecksilber und seine Verbindungen. Das metallische Quecksilber führt u. a. in Quecksilberbergwerken, besonders in Quecksilberhütten, aber auch Thermometer- und Barometerfabriken, in Feuervergoldereien und in chemischen Laboratorien zu Vergiftungen.

4. Vergiftung durch Arsen und seine Verbindungen. Gewerbliche Vergiftungen kommen in den verschiedenen Berufen vor, die mit Arsen- und Arsenverbindungen zu tun haben.

5. Vergiftungen durch Mangan und dessen Verbindungen. Gewerbliche Manganvergiftungen wurden in verschiedenen Mangan verarbeitenden Betrieben beobachtet, so besonders in Braunsteinsmühlen (Braunstein MnO), aber auch bei der Sauerstoff- und Chlorfabrikation, bei der Herstellung von Manganfarben zum Anstrich von Schiffsböden, zum Entfärben und Gelbfärben von Glas u. ä.

6. Gewerbliche Vergiftungen durch Benzol und dessen Homologen, durch Nidro- und Amidoverbindungen der aromatischen Reihe.

7. Die Vergiftung durch Schwefelkohlenstoff (CS_2[12]).

8. Vergiftung durch Schwefelwasserstoff (H_2S)[13]).

In Gewerbetrieben, bei Hochofenprozessen, beim Rösten schwefelhaltiger Metalle, in der Leblanc-Sodaindustrie, bei der Salzsäure- und Schwefelfabrikation, in der Teerindustrie bei der Herstellung von Ultramarin, Schwefelfarben und anderen Farbstoffen, pharmazeutischen Präparaten, Zündholzbetrieben und Leuchtgasfabriken.

9. Erkrankungen durch Kampfgase, namentlich durch durch Phosgen, Thio u. dgl.).

10. Erkrankungen durch Kohlenstoffoxyd (CO). Die Kohlenoxydgiftung ist heute wohl in allen Kulturstaaten die am häufigsten vorkommende Vergiftung. Sie kann überall dort vorkommen, wo Kohlen oder Kohlenstoffhaltige Substanzen infolge Sauerstoffmangel ungenügend verbrennen.

11. Erkrankungen durch Zyanwasserstoff oder dessen Verbindungen, wie Calviumzynamid (Kalkstickstoff)

12. Erkrankungen durch dauernde Einwirkung von Röntgen- oder Radiumstrahlen.

13. Erkrankungen schwer heilbarer Ekzemen (Krebs), verursacht durch Russ, Paraffin, Teer, Kreosot, Anthrazen oder Pech und ähnlichen Stoffen, sowie an den Folgen derartiger Ekzeme (vom Krebs). Der Russeinwirkung sind in besonderem Masse die Arbeiter bei der Russgewinnung ausgesetzt, speziell jene, welche den Russ aus den Kammern, in denen er hergestellt wird, zu entfernen, zu sieben und in Fässer zu packen haben.

14. Erkrankung an Lungenkrebs verursacht durch Radiumstrahlen und Radiumemanation. Wie schon im Gesetz vom 1. Juli 1932 selbst in der Rubrik „gegen Unfall versicherte Unternehmungen" angeführt ist, kommt der Lungenkrebs, von dem hier die Rede ist, in Uranerzgruben und Fabriken zur Erzeugung von Uranfarben, Radium und Radiumpräparate, z. B. in Joachimsthal, vor.

15. Erkrankung an Karbunkeln.

16. Erkrankungen an Infektionskrankheiten in Anstalten für Krankenpflege. Hier sind natürlich nur jene Infektionskrankheiten gemeint, welche ein im Dienste einer Krankenanstalt stehender Arbeiter, also vor allem Pfleger, Pflegerinnen und sonstiges ärztliches Hilfspersonal, Krankenträger usw., durch ihren Dienst erworben haben. Leider unterliegen aber in der Tschechoslowakei gerade die öffentlichen Heilanstalten, in denen solche Infektionskrankheiten auftreten können, der Unfallversicherung nicht. Es sollten ja m. E. nicht nur die Hilfspersonen der Aerzte, sondern auch die Aerzte selbst ganz anders gegen die Gefahren der Infektion bei Behanlung infektiös Kranker versichert werden, als es bisher der Fall ist.

17. Erkrankungen an Rotz in Unternehmungen, in denen die Versicherten dieser Gefahr ausgesetzt sind. Der Rotz (Malleus) ist eine der gefährlichsten Infektionskrankheiten.

Die Krankheit kann sehr leicht auf Menschen und dann von einem Menschen auf den anderen übertragen werden.

18. Die Erkrankung der Muskeln, Knochen und Gelenke von Arbeitnehmern, die mit pneumatischen Bohrern, Hämmern, Nietapparaten und anderen derartigen Apparaten arbeiten.

19. Erkrankung an der Wurmkrankheit der Bergleute ist eine auserhalb der gemässigten Zone, insbesondere in den Tropen ungemein verbreitete Krankheit.

20. Erkrankung der tiefen Atmungsorgane durch die schädliche Einwirkung von Thomasmehl.

21. Erkrankung an schweren Fällen von Verstaubung der Lunge durch Quarz und Eisenstaub. Trifft eine durch Staub verursachte schwere Lungenkrankheit mit Lungentuberkolose zusammen, so wird für die Tuberkulose als eine durch Staub verursachte Erkrankung Entschädigung geleistet.

22. Erkrankung durch Chromverbindungen.

23. Erkrankung an Taubheit oder an schwerer, an Taubheit grenzender Schwerhörigkeit, verursacht durch Lärm und Erschütterungen. Dass der Industrielärm schwere bis zur völligen Taubheit führende Schädigungen des inneren Ohres setzen kann, ist wohl allgemein bekannt.

Die Lärmbekämpfung sollte eine allgemeine soziale Aufgabe werden.

24. Erkrankung an schwerem grauem Star bei Arbeitern in Glasfabriken, Eisenwerken und Schmelzhütten.

25. Erkrankung an Nystagmus in schweren und komplizierten Formen. Der Nystagmus oder das Augenzittern der Bergarbeiter ist seit langer Zeit bekannt, seine eigentliche Ursache aber trotz mehr als 50jähriger Forschungsarbeit in den verschiedensten Kulturländern noch nicht einwandfrei festgestellt.

Man hat zunächst eine Überanstrengung der Augenmuskeln bei der Arbeit im Bergwerk in abnormer Stellung als Ursache angenommen, andere Aerzte in England, Belgien und Deutschland haben die mangelhafte Helligkeit in der Grube als Hauptursache für das Augenzittern angesehen.

Von Dichtern und Honoraren

Das Honorarparadies England

Das klassische Land des Buches und der einträglichsten Autorenhonorare dürfte England gewesen sein. So brachte eine Auflage von Dickens Pickwickiern allein 2000 Pfund. Thomas Moore bekam für seinen „Sheridan" 2000, für „Lalla Rhok" 3000 Guineen. Rosooes Biographie des Lorenzo Medici wurde mit 15000 Pfund bezahlt und mit ebensoviel Holorofts Reisen. Die „Geschichte Karl V." brachte Robertson gar 45000 Pfund. Lord Byron bezog von seinem Verleger Murray rund 30000 Pfund Honorare, die er jedoch nie für sich in Anspruch nahm, sondern in lordmässiger Grosszügigkeit verschenkte.

.....und im Lande der Dichter und Denker

Um dieselbe Zeit wurden in Deutschland so gut wie gar keine Honorare gezahlt. Klopistock nannte 2½ Taler, die ihm pro Druckbogen des „Messias" geboten wurden, „sehr viel". Chr. Daniel Beck trug seine mühsame Arbeit am „Euripides" 44 Groschen für den Bogen von 16 Seiten ein, und Goethe drückten noch die Schulden für das Druckpapier des „Götz", als das Buch selbst längst vergriffen war.

Ein Glücksfall.

Dem Dichter Fielding ging es sehr schlecht, als er an seinem „Tom Jones" schrieb und er war im Begriff, für 25 Pfund das Werk an einen kleinen Buchhändler abzutreten. Da lernte zum Glück der Dichter Thomson das Werk kennen und vermittelte die Uebernahme an einen anderen Verleger, der 200 Pfund für die erste Auflage und bei gutem Absatz weitere entsprechende Beträge bezahlte, so dass sich im Laufe der Zeit statt jener 25 Pfund allmählich 2500 Pfund Gewinn für Fielding ergaben.

Die gefälschten Erstdrucke

2000 Bücherliebhaber geschädigt. — Antiquare zahlen zurück.

Mit Verzweiflung im Herzen haben sich in diesen Tagen viele englische Antiquare daran gemacht, ganze Haufen von Büchern, die sie vor wenigen Jahren für viele tausende Mark gekauft haben, zu verbrennen. In den Antiquariats-Katalogen stehen die Bücher, die jetzt Opfer der Flammen werden, als wertolle Erstausgaben der Brownings, von Wordsworth, Swinbur und anderen berühmten Autoren. Zwei junge Sachverständige haben diese „Erstausgaben" jetzt als Fälschungen bezeichnet.

Die Besürzung über diese Enthüllung ist in England und den Vereinigten Staaten sehr gross, denn die so als Fälschungen bezeichneten Werke stehen nicht nur in den Sammlungen privater Bücherliebhaber, sondern befinden sich auch an besonderen Ehrenplätzen in öffentlichen Bibliotheken und Museen. Die meisten Antiquare, die diese Fälschung gutgläubig auf Auktionen erworben haben, kaufen jetzt die Bücher von ihren Kunden zurück, um sie zu vernichten. Für einzelne Exemplare dieser Fälschungen sind 2000—4000 Mark ausgegeben worden, und alles in allem sind mehr als 2000 dieser „Erstdrucke" breitet worden. Wie die Fälschungen zustande kamen, und wer sie als Raritäten in den Handel brachte, konnte noch nicht ermittelt werden.

Greife, germanischer Mann...

In diesem Jahre hält der Niedersächsische Skatbund, Hannover, der dem deutschen Skatverband, e. V., Sitz Altenburg, angeschlossen ist, seine Bundestagung, verbunden mit einer Werbeveranstaltung für den deutschen Einheitsskat, in Verden ab.

Diesem denkwürdigen deutschen Ereignis widmet ein Herr Richard Schmidt folgenden dichterischen Erguss:

Greife, germanischer Mann, nach des
Tages Geschäften und Sorgen
Gern zum geflügelten Blatt, misch es und
richte den Skat;
Aber der Zeitverlust — nie werde zur
Zeitvergeudung!
Spiele du selbst mit dem Spiel, nimmer
das Spiel doch mit Dir!

Die Stadt Verden hat für die Tagung, die mit einem Turnier verbunden ist, alle Verbereitungen getroffen. Als Preis für die beste Vereinsmannschaft — zu einer Mannschaft gehören vier Spieler — ist ein wertvoller Hakenkreuzwimpel bestimmt worden. Die Kämpfe sind für alle Skater offen. Berufsspieler und Jobber werden nicht zugelassen. Gespielt wird um zehntel Pfennig. Die Wettkämpfe beginnen am 2. September. Juden dürfen nicht teilnehmen, einmal, weil Skat ein verdeutschtes Spiel ist und zum anderen, weil es unter den Juden nicht hervorragende Skatspieler gibt.

Ein Neutraler sieht Koblenz

„Die Saarländer waren geradezu niedergeschmettert“ — Es war ein ungeheurer „moralischer Misserfolg“.

Die „Neue Züricher Zeitung“, deren Wille zur besonderen Objektivität Hitler-Deutschland gegenüber niemand bestreiten kann, bringt aus der Feder eines Spezialkorrespondenten einen besonders bemerkenswerten Bericht über die Koblenz-Ehrenbreitsteiner Kundgebung. Besonders wird interessieren, was er auf Grund eigener Beobachtungen über die Stimmung der Saarländer zu sagen hat:

„Wir können kaum glauben, dass die Eindrücke der Saarländer so günstig sind, wie es die Veranstalter der Koblenzer Tagung erhofft und erwartet haben. Die grosszügige Organisation hat trotz weitestgehenden Vorbereitungen mehr oder weniger versagt, so dass **ein grosser Teil der Saarländer über den Empfang in Koblenz sehr enttäuscht ist.** Da die Festwiese auf dem Ehrenbreitstein für die Hunderttausende zu klein war und ungünstige Zufahrtsstrassen hat, mussten Tausende, statt endlich einmal den Führer sehen zu können, irgendwo abseits seine Rede brockenweise und durch schlechte Lautsprecher verzerrt anhören. Auch die Unterbringung und Verköstigung erwiesen sich als absolut unzulänglich. In Pferdeställen auf dünnem Strohlager mussten Hunderte, Männer und Frauen durcheinander, schiafen. Als ihnen dann nach schlaflos verbrachter Nacht endlich etwas Warmes gereicht wurde, zogen es die meisten von ihnen vor, dieses anscheinend nicht gerade sehr schmackhafte „Eintopfgericht“ stehen zu lassen. Aber nicht nur über diese Kleinigkeiten waren überall Beschwerden und **ab und zu sogar temperamentvolle Enttäuschungsausbrüche zu hören, sondern auch die Art und Weise,** wie sie von SA.- und SS.-Leuten behandelt und wegen Geringfügigkeiten zurechtgewiesen wurden, missfiel den Saarländern aufs stärkste. Das hatten sie dann doch nicht erwartet; auch nicht, **dass man ihre Registermarkschecks nirgends einlösen und die Franken nur zu einem unverhältnismässig hohen Kurs annehmen wollte.** Den schlechtesten Eindruck scheinen nach meinen Beobachtungen die **hohen Preise aller Lebensmittel und besonders der Getränke gemacht zu haben.** Mit ihren Franzosenfranken konnten sich diese Saarberg- und Hüttenarbeiter hier kaum ein Glas Bier oder Wein leisten. Ueberall wo ich hinkam, wurden solche und ähnliche Fragen besprochen; vom Politischen sprachen nur die, die irgendeinen Führerposten inne hatten. Nach den Aussagen einiger Völklinger Hüttenarbeiter müssen die Eindrücke in Koblenz auf die meisten Saarländer niederschmetternd gewirkt haben.

Mehrfach hörte ich die Auffassung, dass bestimmt mehr als fünfzig Prozent der nach Koblenz gereisten Saarländer gegen die Rückgliederung stimmen werden, weil ihnen das ganze „Getue“ und Gepränge im neuen Deutschland von Grund aus missfalle und wirtschaftlich sich ihre Lage mit der Rückgliederung doch nur bedenklich verschlimmere.

Diese ungünstigen Eindrücke konnte die **Rede Adolf Hitlers nicht verwischen.** Ohne Zweifel war es eine seiner **schwächsten Reden, die er je als Reichskanzler gehalten hat,** auf jeden Fall vollkommen **unbefriedigend** für die Saarländer. Die Saarfrage wurde darin nach innen und aussenpolitischen Darlegungen nur kurz gestreift. Einen Augenblick lang schien es, als ob Hitler den Kern der Saarfrage anfasen wollte, nämlich die Frage, warum die durch fünfzehn Jahre ungeteilte Einigkeit der Saarländer im Wunsche, heim zum Reich zu kommen, seit dem nationalsozialistischen Umschwung zerbrochen ist. Hitler liess die Gelegenheit ungenützt, einmal offen über die Fehler zu sprechen, welche die nationalsozialistische Propaganda im Saargebiet begangen hat. Wenn er an eine solche offene Aussprache das Versprechen geknüpft hätte, dass ähnliche Fehler in Zukunft von seinen Unterführern **nicht mehr gemacht** würden, dann hätte er sicherlich die überwiegende Mehrheit der Anwesenden und daheimgebliebenen Saarländer für sich gewonnen.

Es geschah jedoch nicht. Hitler ging sogleich wieder auf andere Dinge über, und dabei waren auch **seine Aeusserungen über religiöse Fragen viel zu oberflächlich, als dass sie einen tieferen Eindruck hätten hinterlassen können.** Einzig mit seinem Versprechen, alle Saarländer nach der Rückgliederung freudigst zu empfangen und dabei alles in der Vergangenheit Zurückliegende vergessen zu wollen, war etwas von dem, was die Saarländer gerne vernommen hätten. Wieviele von ihnen werden diesen und ähnlich oberflächlichen wirtschaftlichen Versprechungen Glauben schenken?

Als ich nach Koblenz kam, glaubte ich, dass ich einem grossen Erfolg der nationalsozialistischen Saarpropaganda beiwohnen werde. **Auch meine Erwartungen wurden schwer enttäuscht; denn noch nie habe ich so oft und so entschieden Saarländer von einer bevorstehenden Niederlage Deutschlands im Abstimmungskampf reden hören wie hier.** Allerdings befand ich mich — dies sei hier erwähnt — nicht unter den eingeladenen Pressevertretern auf der Tribüne, sondern mitten drin in den Reihen der Saarländer. Wo liegt der Gund dieses **moralischen Misserfolges** der Koblenzer Saarkundgebung? Im verfehlten Prinzip der nationalszialistischen Propagandamethode. Diese Methode sucht ihr Ziel mit lauten und imposanten Veranstaltungen zu erreichen und die Menschen allein durch die Massensuggestion zu beeinflussen. Das ist möglich, solange die Organisation wunderbar klappt und alles reibungslos verläuft; diese Saarkundgebung aber war zu gross, zu „kolossal“, als dass sie reibungslos hätte abgewickelt werden können. Weniger wäre mehr gewesen. 50 000 unbedingt befriedigende Saarländer hätten am Tage der Abstimmung doppelt soviele Ja-Stimmen gebracht als es 150 000 wenig befriedigten Menschen tun werden...

Ein ehrendes Zeugnis für Braunthal

Julius Braunthal, einer der besten Journalisten der österreichischen Sozialdemokratie, der Schöpfer des volkstümlichen „Kleinen Blattes“, des „Kuckuck“, der „Bunten Woche“, ist beim Februar-Aufstande mit vielen hunderten Vertrauensmänner verhaftet worden. Fünf Monate blieb er in Untersuchungshaft, doch trotz aller Bemühungen konnte gegen ihn keine Hochverratsanklage konstruiert werden. Schwer erkrankt, wurde er kürzlich in das **Rainerspital** eingeliefert, wo er sich einer Operation unterziehen musste. Nach seiner Genesung soll Braunthal nun in das Konzentrationslager Wöllersdorf kommen.

Von der Polizei wurde seine Ueberstellung nach Wöllersdorf verfügt, mit der Begründung,

dass er als fanatischer Anhänger der verbotenen sozialdemokratischen Partei bekannt sei.

Die Anhalteverfügung wurde für die Dauer von acht Monaten getroffen; es ist dies die längste, die bis jetzt verhängt wurde.

Die Wiener Polizei stellt Braunthal ein ehrendes Zeugnis aus. Sie zerstört aber mit dieser schamlosen Verfolgung tapferer sozialdemokratischer Gesinnung alle für das Ausland berechneten Lügen des Heimwehrregimes, die Oesterreich noch immer als einen Rechtsstaat hinzustellen versuchen.

Kriegsvorbereitungen im Fernen Osten

Die fernöstlichen Korrespondenten und Sonderberichterstatter der englischen Blätter melden übereinstimmend, dass auf beiden Seiten der russisch-mandschurischen Grenze fieberhafte Kriegsvorbereitungen im Gange sind. Mandschukuo-Truppen haben entlang der Ostchinesischen Bahn einen riesenhaften Stacheldrahtverhau gezogen, der in einer Länge von 3 000 Kilometern verläuft. Dahinter sind in kurzen Abständen Maschinengewehrnester eingebaut worden. In Charbin und anderen mandschurischen Städten werden Lazarette grössten Umfanges errichtet. An allen diesen Plätzen sind die Flugstaffeln verstärkt worden und ein Netz von betonierten Unterständen verbindet die wichtigen strategischen Punkte. Auch auf russischer eSite sind grosse Vorbereitungen im Gange. Wladiwostok, so schreibt einer der englischen Journalisten, gleiche einem der britischen Kanalhäfen kurz vor Ausbruch des Weltkrieges.

Die Danziger Arbeiterbewegung wieder im Aufstieg

Nachdem in Deutschland durch die totale Gleichschaltung die legale Tätigkeit der Arbeiterbewegung unmöglich geworden ist, gewinnt die politische Entwicklung in jenen kleinen, vom Nationalsozialismus aus völkerrechtlichen Gründen noch nicht überrannten Gebieten wie Saargebiet oder Danzig als **Stimmungsbarometer** erhöhte Bedeutung.

Um Danzig hat der Nationalsozialismus mit ganz besonderem Eifer geworben. Bei den Wahlen im Sommer 1933 hat denn auch die Nationalsozialistische Partei mit 50,3 Prozent der Stimmen die absolute Mehrheit der Abgeordneten im Danziger Parlament erobert. Aber aus Rücksicht auf den Völkerbund konnte der Nationalsozialismus in Danzig die gegnerischen Parteien doch nicht restlos wie in Deutschland selbst gleichschalten oder politisch vernichten. In Danzig kann man heute neben dem nationalsozialistischen Kampfblatt auf dem Hauptplatz der Stadt die „Volksstimme“, das sozialdemokratische Organ, kaufen. Zwar wurden die Gewerkschaften als Sektionen des ADGV. gleichgeschaltet, aber die freigewerkschaftliche Bewegung ist als „Allgemeiner Arbeiterverband“ wieder auferstanden und musste entgegen der Verfügung des Danziger Polizeipräsidenten zugelassen werden. Auch Konzentrationslager konnten in Danzig nicht errichtet werden, wenn auch zahlreiche Führer der Arbeiterbewegung zu Gefängnisstrafen oder bis zu dreiwöchiger Schutzhaft verurteilt wurden.

Die NSDAP. Danzigs hat, so weit es ihr möglich war, alle Gesetze des Deutschen Reiches für Danzig übernommen. Auch die Organisationen sind in Danzig dieselben: die Danziger SA. und SS. unterstehen den entsprechenden Organisationen des Reiches; seit dem 1. August 1933 ist in Danzig die Arbeitsdienstpflicht mit eigener Uniform eingeführt.

Das Danziger **Pressegestz** legt der oppositionellen Presse die schwersten Fesseln auf. Es enthält unter anderem die Bestimmung, dass sogar die „Verbreitung wahrer Nachrichten“ strafbar ist, wenn sie den Interessen des Staates widerspricht. Ebenso wird derjenige mit 3 Monaten Gefängnis bedroht, **„dessen Verhalten den öffentlichen Frieden stören kann“.** Es genügt, dass auf der Strasse sich Arbeiter mit „Rot Front“ begrüssen, um sie auf Grund dieser Bestimmung zu verurteilen!

Die Kommunistische Partei, die von 72 Mandaten 5 gegenüber 16 Mandaten der SP. erhielt (Zentrum ausserdem 10), ist verboten und arbeitet illegal. Bedauerlicher Weise ist die Agitation der KP. immer noch in der Hauptsache gegen die SP. gerichtet. Auch die SP. Danzig kann keine öffentlichen Versammlungen abhalten, dafür wird aber in Mitgliederversammlungen an der politischen Aufklärung der Arbeiter eifrig gearbeitet. Die Auflage der „Volksstimme“, die vor der Machtergreifung Hitlers etwa 10.000 Exemplare betragen hatte, sank bis zum Sommer 1933 auf nur 3500 Exemplare. Die Druckereigenossenschaft wurde durch Verbote in den Konkurs getrieben. Gegenwärtig wird die „Volksstimme“ in einem kleinen Hause nicht allzuweit vom Danziger „Braunen Haus“ gedruckt und vertrieben. **Immer steht vor dem Schaufenster eine lautlose, eifrig lesende Arbeitermenge. Die Auflage der Zeitung hat schon die Zahl von 12.000 Exemplaren wieder überstiegen.** Ein aufschlussreiches Symptom für die Wandlung der Stimmung in der Danziger Bevölkerung. Es wurde uns versichert, dass es auch seit dem 30. Juni wieder möglich sei, mit Mitgliedern der NSDAP. sachlich zu diskutieren. Nicht weniger aufschlussreich ist die Tatsache, dass die Danziger „Volksstimme“ **ausgerechnet 3 Tage vor dem 30. Juni** für 6 Monate **verboten wurde,** welches Verbot dann vom Völkerbundskommissar auf 14 Tage reduziert wurde.

Im Danziger Hafen fahren die Frachtdampfer aller Nationen ein und aus. Auf der Hafenrundfahrt erzählen die Arbeiter, dass sie für das Löschen der Ladung pro Tag 9,50 Danziger Gulden verdienen, meistens aber in der Woche nur ein bis vier Tage Arbeit haben. Die chemische Fabrik im Kaiserhafen arbeitet nur zu zwei Fünftel der Leistungsfähigkeit. Man wundert sich deshalb nicht, dass der nationalistische Mythos auch in Danzig zu verblassen beginnt, trotzdem immer wieder die aufdringliche Propaganda dem Danziger einzubläuen versucht, **das „schöne Danzig“ sei „eine deutsche Stadt“.**

Paula Wallisch in Brünn

Am 30. August traf in Brünn die Lebensgefährtin des hingerichteten steirischen Arbeiterführers Gen. Koloman Wallisch in Brünn ein. Paula Wallisch, der es vor kurzem gelang, Oesterreich zu verlassen, wurde von Vertretern der österreichischen Emigration, der beiden sozialistischen Parteien der Tschechoslowakei und einer Abordnung Roter Falken am Bahnhof erwartet. In einem Wartesaal fand eine kurze und herzliche Begrüssung statt. Genosse Otto Bauer, Genossin Kahay für die Sudetendeutsche und Genosse Dr. Ecer für die tschechoslowakische Sozialdemokratie, sowie eine Jugendgenossin bewillkommten die Kameradin des toten Märtyrers herzlichst auf tschechoslowakischem Boden. Paula Wallisch, der die Spuren des durchlebten Leids ebenso wie die innere Bewegung darüber, wiederum im Kreise von Gesinnungsgenossen sein zu können deutlich anzusehen war, antwortete in einer knappen Rede, dankte und versprach, auch weiterhin jederzeit in der Kampffront der Arbeiterschaft zu stehen. Dann drückte sie jedem der zu ihrer Begrüssung erschienen Genossen mit einem herzl. „Freundschaft“ die Hand. Genossin Wallisch wird voraussichtlich in der Tschechslowakei bleiben und nicht mehr nach Oesterreich zurückkehren, wo sie bekanntlich nach dem unmenschlichen Spruchs des Leobener Gerichts noch ein Jahr schweren Kerker für ihre Mithilfe bei der Verpflegung der kämpfenden Schutzbündler in Bruck an der Mur zu verbüssen hätte.

Von den Arbeiterorganisationen Nordeuropas

(I. I.) Vertreter der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen von Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden traten in Stockholm am 17. und 18. August zu einer Konferenz zusammen. Der Konferenz wurden Berichte über die politischen und gewerkschaftlichen Verhältnisse und über die Aussichten in den verschiedenen Ländern vorgelegt.

Nach der einstimmigen Meinung der Konferenz geht aus den Berichten hervor, dass die Parteien und Gewerkschaften all dieser Länder völlig gleichartige Richtlinien verfolgen inbezug auf wichtige Fragen der Innenpolitik, wie zum Beispiel in den Methoden im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, in den ausserordentlichen Massnahmen zur Bekämpfung der Landwirtschaftskrise und im Bestreben, dermassen auf die Gesetze und die Lebensbedingungen einzuwirken, dass sie den arbeitenden Massen grössere Sicherheit bieten.

Es zeigte sich ferner, dass alle Parteien der gleichen Auffassung über den Kampf für die Erhaltung der Demokratie, der Volksherrschaft und der Volksfreiheiten sind. Es besteht daher die Voraussetzung für ein gemeinsames Vorgehen aller Arbeiterorganisationen dieser Länder. Da die norwegische Arbeiterpartei und die norwegische Gewerkschaft aber noch nicht der politischen und der gewerkschaftlichen Internationale angeschlossen sind, denen die politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen der anderen Länder angehören, kann diese Zusammenarbeit nicht in einem gemeinsamen Komitee der Nordländer Ausdruck finden, sondern muss in der Form von Konferenzen über soziale, wirtschaftliche und politische Fragen, die von besonderem Interesse für die Nordländer sind, fortgesetzt werden.

Nach dem Abschluss der gemeinsamen Konferenz mit den norwegischen Genossen trat das Komitee der Nordländer, in dem die übrigen Nordländer: Dänemark, Island, Finnland und Schweden vertreten sind, zu seiner ordentlichen Jahrestagung zusammen. Es wurden verschiedene Organisationsfragen besprochen und einstimmig beschlossen, das Sekretariat für das nächste Jahr nach Helsinki zu verlegen.

ROTER SPORT

Landesmeisterschaften der Leichtathleten.

An diesem Sonnabend und Sonntag finden in Danzig die Leichtathletikmeisterschaften des ZRSS statt. Unser Bezirk hat zu diesen Kämpfen eine starke Stafel entsandt. Die Abfahrt erfolgt bereits am Donnerstag abend, gemeinsam mit den Handballern, die im Rahmen der leichtathletischen Kämpfe das

Rückspiel gegen die Danziger Handballer.

austragen werden. Die Sparte hat folgende Spieler berücksichtigt: Wędriński, Gansiniec, Janta, Grohs, Dobisch, Palka; Jasiński; Kleinert I, Kupper, Stoklossa, Schubert. Ersatz: Sojka und Lindner. Demnach stellt der Bielitzer Unterbezirk 4 Mann, die Kattowitzer Fr. Turner gleichfalls 4 und 2 Ersatzleute, und die Gieschewalder Sila 3 Mann. Am Freitag fahren dann gleichfalls die **Arbeiterschachler** mit einer Expedition von 15 Mann dorthin.

Am Sonntag Wolność gegen Naprzod

Auf dem Platz der Wolność steigt um 16 Uhr das erste Spiel um die oberschlesische Fussballmeisterschaft der beiden Gruppensieger. Vorher spielen die Reserven.

Freie Turner Kattowitz — MTV Myslowitz 3:3

Das Spiel endete mit einer Hackerei, die durch den Myslowitzer Otto Höflich hervorgerufen wurde. Es wird wohl die letzte Begegnung der Freien Turner mit diesem Verein gewesen sein, da fast alle Spiele von seiten der Myslowitzer in bekannt unfairer Weise ausgetragen wurden. Das Spiel der 2. Mannschaften verlief gleichfalls irregulär, da der Myslowitzer Spielführer Wojak wegen fortgesetzten Holzereien vom Platz sollte, der Aufforderung des Schiedsrichters aber nicht Folge leistete, sondern gegen diesen tatsächlich vorzugehen drohte.

Die Jugend gewann gegen die Afa-Jugend Kattowitz 3:1.

Freie Turner Kattowitz — Bar Kochba Kattowitz

Die Turner treten geschwächt gegen die jüdischen Sportler an, da ihre besten Leute in Danzig sind. Die Spiele steigen in der Zeit von 9,30 bis 11,30 Uhr auf dem Naprzodplatz in Zalenze.

Fussballkampf Kattowitz—Rybnik

Der Unterbezirk Rybnik hat für den kommenden Sonntag eine Auswahlmannschaft der Gruppe Kattowitz zu einem Wettspiel eingeladen. Dasselbe kommt auf dem Sportplatz in Römergrube zum Austrag. Die hiesige Mannschaft präsentiert sich in folgender Besetzung: Tor — Pink, Verteidigung — Kałuża und Burek, Lauf — Mendera, Czopa und Kubisch, Sturm — Berger, Langner, Luker, Siwoń und Szczerba. Ersatz: Grabowski, Kobierski und Mainka.

Herausgeber: Deutsche Sozialistische Arbeiterpartei in Polen Bezirk Oberschlesien, Katowice, Dworcowa 11 — Schriftleitung Johann Kowoll, für den Inhalt und Inserate verantwortlich: Gerhard Pawellek, beide in Katowice, Dworcowa 11
Druck: „Drukarnia Ludowa", Spółdz. z odp. udz., Katowice

JACK LONDON

DIE ZWANGSJACKE

80

Denn sie war Arunga, das einzige Weib, das ewige Weib. Sie hat in allen Zeiten und an allen Orten gelebt. Sie wird immer leben. Sie ist unsterblich. Einst, in einem fernen Lande hiess sie Ruth, und ihr Name ist Isolde, Helena, Pocahontas und Unga gewesen. Und in keinem fremden Stamm ist der fremde Mann, der sie nicht überall unter allen Stämmen der Erde fände.

Mit uns auf der grossen Wanderung durch Europa, auf der langsamen Wanderung vieler Generationen, als wir das Kurzhornvieh und die Gerste nach Indien brachten, ging ein Weib. Aber das Weib lebte lange, ehe wir Indien erreichten. Wir waren ungefähr auf der Mitte unserer jahrhundertelangen Reise.

Das Weib war Nuhila. Das Tal war eng und nur kurz, und die Hänge zu seinen Seiten waren in Terrassen angelegt, wo Reis und Hirse wuchsen — der erste Reis und die erste Hirse, die wir, die Söhne der Berge, sahen. Es war ein friedliches Volk in diesem Tal. Fredlich gemacht durch das fette Land, das noch fetter wurde durch das Wasser. Wir hatten nur wenig Gelegenheit, das Land mit seinen Kanälen und Deichen zu bewundern, denn wir, die Söhne der Berge, befanden uns auf der Flucht vor den „Nasenlosen", wie wir sie nannten. Wir waren unser wenige, und sie waren viele, diese „Söhne der Stumpfnase", oder, wie sie sich selber nannten, „Söhne des Adlers". Wir mussten vor ihnen fliehen, und wir hatten unser Kurzhornvieh, unsere Ziegen, unsere Gerstensaat, unsere Frauen und Kinder bei uns.

Während die Nasenlosen unsere jungen Männer töteten, die unsere Flucht deckten, töteten wir vom Vortrupp alle friedlichen Bewohner des Tales, die sich uns in den Weg stellten. Ihre Stadt war aus Lehm erbaut und mit Stroh gedeckt; der Wall ringsum war aus Lehm, und als wir die, welche den Wall erbaut hatten, getötet und unsere Herden und unsere Frauen und Kinder hineingetrieben hatten, stiegen wir auf den Wall und verhöhnten die Stumpfnasen, denn wir hatten grosse Vorräte an Reis und Hirse in der Stadt gefunden. Unser Vieh konnte die Dächer fressen, und die Regenzeit war nahe, so dass wir Wasser genug hatten. Es war eine lange Belagerung. Krankheiten brachen unter uns aus, und viele starben an der Pest, die aus den Gräbern derer, welche wir begruben, geboren wurde. Der Vorrat schwand. Unsere Ziegen und unser Vieh frass die Dächer der Häuser, und zuletzt frassen wir alles Vieh.

Wo früher auf dem Wall fünf von uns gestanden, stand jetzt nur noch einer. Wo tausend Kinder gewesen, war jetzt kein einziges mehr. Es war Nuhila, mein Weib, die den Einfall hatte, sich ihr langes Haar abzuschneiden und es zu einem Bogenstrang zu drehen. Die andern Frauen taten dasselbe, und als der Wall angegriffen wurde, standen sie Schulter an Schulter mit uns im Pfeilregen und warfen den Stumpfnasen Topfscherben und Steine an die Köpfe. Selbst die geduldigen Stumpfnasen verloren schliesslich die Geduld. Es kam eine Zeit, da die Stumpfnasen bereit waren, zu verhandeln. Sie sagten uns, dass wir eine starke Rasse und dass unsere Frauen Mütter für Kinder seien, und dass sie uns das Tal lassen wollten, wenn wir ihnen unsere Frauen liessen, wir könnten ja andere Frauen aus dem Tal im Süden holen.

Aber Nuhila sagte nein. Und die anderen Frauen sagten nein, und wir verhöhnten die Stumpfnasen und fragten, ob sie des Kampfes müde wären. Und wir waren damals mehr tot als lebendig, aber wir verhöhnten unsere Feinde. Wir wussten, dass wir dem nächsten Angriff nicht widerstehen konnten. Das wussten unsere Frauen auch, und Nuhila sagte, wir könnten selbst ein Ende mit uns machen und die Stumpfnasen dadurch narren. Und die andern Frauen waren mit ihr einig. Und als die Stumpfnasen sich zum letzten Angriff anschickten, töteten wir selbst unsere Frauen auf dem Wall. Nuhila liebte mich, und sie beugte sich vor, um der Spitze meines Schwertes zu begegnen. Und dann töteten wir Männer uns gegenseitig, um der Ehre des Stammes willen, bis nur Horda und ich übrig waren. Horda war älter als ich, und daher stiess er mich nieder. Aber ich starb nicht gleich. Ich war der Letzte von den Söhnen der Berge, denn ich sah, wie Horda sich in sein eigenes Schwert stürzte und starb, und während ich starb und das Kampfgeheul der Stumpfnasen schwach in meinen Ohren tönte, freute ich mich, dass unsere Frauen den Stumpfnasen keine Söhne gebären sollten.

(Fortsetzung folgt).